BKA baut am Überwachungsstaat Seite 7

1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 47 vom 21. November 1980 14. Jahrgang 1 DM



Mehr Freizeit für Schichtarbeit

Bundespost: Signale stehen auf Streik!

Solidarität mit dem gerechten Kampf der Postbediensteten!

FRANKFURT. — Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik steht ein zentraler Streik bei der Bundespost bevor. Daß dieser Arbeitskampf ausgerechnet in die Zeit des Weihnachtspostverkehrs fällt, haben einzig und allein die Bundesregierung und Postminister Gscheidle zu verantworten. Lange genug haben die Postbediensteten mit Warnstreiks versucht, die Herren in Bonn zur Einsicht zu bringen. Jetzt bleibt den Kollegen nur noch eins: durch einen konsequent geführten Streik ihre berechtigten Forderungen durchzusetzen.

Bei unserem Redaktionsschluß war die Urabstimmung der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) noch nicht beendet. Jedoch dürfte kaum ein Zweifel daran bestehen, daß die organisierten Postbediensteten in ihrer großen Mehrheit für Streik stimmen.

Wie sehr durch Arbeitshetze und Schichtarbeit (die bei der Post übrigens in einem unregelmäßigen Rythmus geleistet werden muß) Gesundheit und Arbeitskraft der Kollegen zerrüttet werden, zeigt die erschütternde Tatsache, daß mehr als die Hälfte der Schichtdienstleistenden bei der Post aus Gesundheitsgründen vorzeitig in Rente gehen müssen!

Bei Nacht und Nebel, in Regen, Wind und bei jeder Temperatur sorgen die Kollegen von der Post dafür, daß der Brief-, Paket- und Fernsprechverkehr schnell und ohne Störungen vonstatten geht. Sie stehen dabei fast immer unter nervenaufreibendem Zeitdruck. Mehr als 200000 der insgesamt rund 500000 Postbeschäftigten müssen diese Arbeit im Schichtdienst verrichten. Das bedeutet zusätzlich eine verminderte Lebensqualität und schwere Belastungen für das Familienleben

Es ist nur recht und billig, wenn die DPG eine eineinhalbfache Anrechnung für die im Schichtdienst verrichtete Arbeitszeit und die Abgeltung in entsprechender Freizeit fordert. Wenn Gscheidle demgegenüber anführt, dies sei finanziell nicht tragbar für den Staat, so zeigt das seine zynische und unsoziale Einstellung.

Die Forderung nach Freizeitausgleich für Schichtarbeit ist im übrigen zusätzlich auch von daher vernünftig, daß dadurch neue Arbeitsplätze geschaffen würden. Aber unser „Sozialstaat" läßt sich von dem widersinnigen Profitprinzip des Kapitalismus leiten: Während der eine rücksichtsloser Arbeitshetze und unmenschlichen Arbeitsbedingungen unterworfen wird, enthält man dem anderen das Recht auf Arbeit und Lohn vor.

Nur von solcher Ausbeuterlogik her kann man, wie die Bonner Regierung, mit dem Argument kommen, wenn man den Postlern nachgebe, würden auch die anderen Beschäftigten im öffentlichen Dienst entsprechende Verbesserungen fordern. Jawohl, sie fordern es und mit vollem Recht!

Man braucht kein Prophet zu sein, um vorauszusehen, daß gegen den Streik der Postler eine massive Hetze in den Massenmedien entfacht werden wird. Demagogisch wird es heißen: Die Millionen einfacher Postkunden seien die eigentlichen Leidtragenden. Demgegenüber müssen wir unsere unbeirrbare Solidarität für die Kollegen von der Post tatkräftig beweisen.

Am 22. November: Gegen den NPD-Parteitag

Auf nach Augsburg!

Der 22. November ist ein bedeutsamer Tag für die antifaschistische Bewegung Westdeutschlands: Gegen die provokative Abhaltung des Bundesparteitages der NPD-Faschisten so kurz nach dem blutigen Massaker von München hat der DGB-Bayern voll mobilisiert (der RM berichtete). Über 10000 Menschen werden zur Gegenkundgebung erwartet. Wir erneuern unseren Aufruf an unsere Leser besonders in Bayern und Baden-Württemberg: Tragt zum Erfolg dieser gewerkschaftlichen Aktion bei!

Diese Aktion muß ein Anfang sein für einen verstärkten und vor allem kontinuierlichen offensiven Kampf der Gewerkschaftsbewegung gegen die Faschisten und ihre Hintermänner. Zehntausende gingen auf die Straße nach den faschistischen Anschlägen von Bologna und Paris — mobilisiert von italienischen und französischen Gewerkschaften. Viele Anträge auf den Gewerkschaftstagen haben in den letzten Wochen den Willen auch der deutschen Arbeiter unterstrichen, daß die DGB-Gewerkschaften ihre ganze einheitliche Kraft in die Waagschale werfen müssen, wenn es gegen Rechts geht. In dieser Hinsicht stimmen wir mit Leonhard Mahlein überein: „Gerade nach dem Terroranschlag während des Münchener Oktoberfestes muß jedem klar sein, daß die geschlossene Kampfkraft der Gewerkschaften nicht zuletzt zur Abwehr der Gefahren gestärkt werden muß, die erneut aus dem rechtsextremistischen Lager drohen. Die Gewerkschaftsbewegung (...) muß verhindern, daß eine Jugend, die die zwölfjährige Schreckensherrschaft nicht miterlebt hat, durch verantwortungslose Geschäftemacherei mit nazistischem Propagandamaterial verseucht wird."

Wir begrüßen nachdrücklich die Erklärung des Augsburger Bürgermeisters Hans Breuer: „Die Stadt Augsburg ist weder eine heimliche noch eine offene Brutstätte des Neofaschismus. In Solidarität mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund steht der Oberbürgermeister an der Seite aller, die gegen Neofaschismus und gegen den NPD-Parteitag sind." Bereits vor zwei Jahren, als die NPDler ihren letzten Landeskongreß in Augsburg machten, gingen viele Kollegen und andere Antifaschisten auf die Straße. Es ist eine Schande, daß gegen den erklärten Willen der Bürger, die Justiz die Stadt erneut dazu zwingen will, den Nazis Raum zur Verfügung zu stellen.

Neben ihrer Arbeit in den Gewerkschaften hat unsere Partei auch öffentlich zur Unterstützung der Protestaktionen aufgerufen. Vielfältige Aktivitäten ergriff auch die VOLKSFRONT, führte Veranstaltungen durch und organisierte Mitfahrgelegenheiten. So wird Augsburg auch ein weiterer Anstoß sein zur gemeinsamen Aktion aller Antifaschisten, wenn es gegen Faschismus und Reaktion geht, unabhängig von verschiedenen Parteibüchern und Meinungsverschiedenheiten in anderen Fragen.

Den Faschisten keinen Fußbreit!
Auf zur Protestkundgebung nach Augsburg!

9.30 Uhr Protestzug
Abmarsch vom Plärrer

10.30 Uhr Kundgebung
in der Sporthalle

Es sprechen:
Franca Magnani, Rom
Georg Benz, Vorstandsmitglied der IG Metall, Ffm.
Jakob Deffner, Vorsitzender des DGB Bayern
Hans-Breuer, Oberbürgermeister von Augsburg

Es spielt:
DGB-Songgruppe Bamberg

Tagung der nuklearen Planungsgruppe

Europäische NATO-Staaten bejahen US-Atomdoktrin!

Norwegen nicht einverstanden

BRÜSSEL. — Die Arbeit der nuklearen Planungsgruppe der NATO, die jetzt in Brüssel tagte, bestand auch dieses Mal darin, die Planungen aus USA abzusegnen. So die Cartersche Direktive Nr. 59, die einen gezielten atomaren Schlag vorsieht, um die „Abschreckung" zu erhöhen.

Von verschiedensten Seiten war diese Doktrin bereits als kriegstreiberisch bezeichnet worden, da sie die Hemmschwelle eines Einsatzes von Atomwaffen bedeutend herabsetzt, unter dem Vorwand, nur gegen ausgewählte Ziele zu schießen. Dabei spielen die berüchtigten Mittelstreckenraketen, die laut NATO Nachrüstungsbeschluß eingeführt werden sollen, eine entscheidende Rolle. Sie sollen den Atomkrieg nach Vorstellung der USA auf Europa beschränken.

Nachdem in Belgien, Dänemark und Niederlanden bereits großer Widerstand gegen diese Nachrüstungspläne vorhanden war, der zu verschiedensten Maßnahmen der betreffenden Regierungen führte, hat nun auch Norwegen erklärt, man sei gegen die Direktive Nr. 59.

So wächst allmählich der Widerstand, der keineswegs, wie die Presse berichtete, nur auf Norwegen beschränkt ist. Als lautstarke Vertreter der amerikanischen Sache erwiesen sich auf dieser Tagung dagegen einmal mehr die Delegationen der Bundesrepublik und Großbritanniens, die bereit sind, den amerikanischen Kriegskurs voll mitzugehen.

Riesenpolizeiaufgebote sicherten Militärspektakel

BONN. — Die zentrale Feier zum 25. Gründungstag der Bundeswehr in Bonn sah auch das größte Polizeiaufgebot zur Sicherung dieser Militaristenshow. Aber auch in den anderen Städten, wie in Hannover und in Schleswig gab es Großaufgebote der Polizei. Überall aber gab es auch große Demonstrationen gegen diese Militärshows.

Die reaktionäre Propaganda gegen die Friedensbewegung suchte ihr Heil einmal mehr darin, die Vorfälle, diesmal in Hannover, die kleine und kleinste Gruppierungen mit sehr zweifelhaftem Hintergrund verursachen, in den Vordergrund zu rücken. Damit soll, ganz wie es anhand von Bremen im Frühjahr schon vorexerziert wurde, die ganze breiter werdende Friedensbewegung diffamiert werden.

Aber es hat sich gezeigt, daß dies insgesamt nicht verfängt. Die Demonstrationen und Aktionen der letzten Woche, an denen sich überall Tausende junger Menschen verschiedenster politischer Richtung beteiligten, sind der Beweis dafür.

Bei diesen und anderen Aktionen, die überall im Lande stattfanden oder noch stattfinden werden, zeigt sich die wachsende Tendenz zum gemeinsamen Friedenskampf über alle Unterschiede hinweg. So fanden die KPD und die Rote Garde, die sich an sehr vielen dieser Aktionen beteiligten, auch wachsendes Interesse am Friedensplan der Partei vor, der dieser Bewegung konkrete Ziele geben kann.



Überall wird dieser Militärspektakel mit riesigem Polizeiaufgebot vor den Antimilitaristen geschützt.

Kommentar der Woche

Nun ist er also da. Karel Woytila, der sich Johannes Paul II nennt, und erwartet, daß alle Katholiken seinen Weisungen folgen. Denn: Er ist ja unfehlbar.

Der aktivste Papst der Neuzeit wird er genannt und das nicht ohne Recht. Kreuz und quer hat er die Länder dieser Welt aufgesucht. Überall ist er angetreten zur Verteidigung des Bestehenden, zur Vertröstung der Armen auf Reformen und auf das Himmelreich.

Überall, wo er war, hinterließ er heftigste Auseinandersetzungen. Selbst viele gläubige Katholiken empfanden diese Einmannshow als abstoßend, die Millionenbeträge, die dafür verpulvert wurden, als unangemessen angesichts weltweiter Hungersnot.

Grüß Gott, Herr Gott*!

Es mag dem Glauben fortschrittlicher Katholiken zuwiderlaufen, wenn hier gepraßt wird. Der Praxis der katholischen Kirche, der Tätigkeit ihres Zentrums, des Vatikans, läuft es nicht zuwider. Man sollte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß der Vatikan über die Banco di Roma, über die Vatikanbank und verschiedene andere Institute sowohl an Rüstungsfabriken beteiligt ist, als auch an solchen Chemiekonzernen, die Antibabypillen herstellen. Es sei daran erinnert, daß es zwar viele Menschen gibt, die für ein Butterbrot Sozialarbeit der katholischen Kirche machen, daß der Vatikan selbst aber dabei kräftig absahnt.

Es mag fortschrittliche Menschen, die dem katholischen Glauben anhängen schockieren, wenn im Vorfeld und im Gefolge des Papstbesuches reaktionärste Elemente die Bühne betreten mit Forderungen, die man seit Jahrzehnten, wenn nicht seit Jahrhunderten für überholt betrachtete, und die es auch sind. Der Praxis, der Tätigkeit des Vatikans in Vergangenheit und Gegenwart widerspricht das nicht im geringsten. Mit Feuer und Schwert walzte die katholische Kirche alles nieder, was sich ihr entgegenstellte, und wo sie die Macht dazu hat, tut sie das heute noch. Das ist nur in solchen Ländern anders, wo die freiheitlichen Bestrebungen der Völker neue Arten von Priestern hervorgebracht haben.

Aber sonst: siehe die Familienpolitik, siehe die Hetze selbst gegen die 450 Jahre alte Reformation, siehe die westdeutschen Kardinäle, diese Elite mittelalterlicher Geisteswelt, die so fest mit der hier herrschenden Kapitalistenklasse verschmolzen ist.

Oder siehe die Kampagne gegen jene Handvoll Theologen, die nur versuchen, die völlig unhaltbaren Märchen der Bibel der Wissenschaft anzupassen. Nicht umsonst befindet sich der Vatikan im politischen Bündnis mit zahllosen faschistischen Diktatoren der ganzen Welt, von Pinochet in Chile bis Marcos auf den Philippinen, war er im Bündnis mit Hitler, Mussolini und Franco.

Und dieser so aktive Papst ist aktiv genau in diesem Sinne. Ob er in Lateinamerika die Theologie der Befreiung kritisiert oder in Westeuropa mit dem Faschistenkardinal Lefevbre aus Frankreich paktiert, stets ist seine eigene Arbeit, sein persönlicher Einsatz darauf gerichtet — mit oberflächlich populärem Vorgehen — den Zusammenschluß der Weltreaktion zu fördern.

Es ist ein gutes Zeichen, daß in der Bundesrepublik diese Debatten, die er in anderen Ländern hinterließ, schon vorher begonnen haben. Es ist ein gutes Zeichen, daß die westdeutsche Reaktion in ganzseitigen Zeitungsanzeigen für den Besuch der Papstshow werben muß, weil man fürchtet, im Vergleich zu anderen Ländern schlecht abzuschneiden. Und es ist ein gutes Zeichen, daß die Kritik nicht nur von kommunistischer, revolutionärer Seite kommt, sondern bis weit hinein in die Reihen der Katholiken selbst geht.

Daran muß man anknüpfen, gerade heute, wo die katholische Kriche wieder in jeder gesellschaftspolitischen Debatte ihr düsteres Wort spricht, wo der hohe Klerus in jeder Auseinandersetzung auf der Seite der extremen Reaktion steht: siehe den Hirtenbrief zur Wahl.

Religion ist Opium für das Volk — das wissen wir, die Kommunisten, das wissen noch die bewußten Atheisten, die Freidenker und ähnliche Gruppen: Die fortschrittlichen Katholiken müssen gerade in solchen Auseinandersetzungen, wie sie heute bestehen, vollends auf die Seite des demokratischen Kampfes kommen. Dann wird man ihnen auch das andere nahebringen können.

Helmut Weiss

*Stellvertreter nur, aber immerhin!

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Heftige Positionskämpfe / Genscher tut sich hervor

KSZE in Madrid: kalter Krieg

MADRID. — Teilweise ähnelten die Neuigkeiten aus Madrid eher den neuesten Theaternachrichten bei der Vorbereitung einer Komödie als Meldungen über die Vorarbeit zu einer solchen Konferenz. Fünf Jahre nach Helsinki erwies sich nun auch in den Konferenzräumen, daß jeder, der seine Hoffnungen auf Frieden mit den Aktivitäten der Regierungen verbindet, enttäuscht werden wird.

Nachdem es nicht gelungen war, die Konferenz so zu eröffnen wie normal, wurden alle möglichen Tricks angewandt, um es nicht zu einem großen Eklat kommen zu lassen: Uhren angehalten, eine Sitzung nach der anderen ohne Tagesordnung durchgeführt und so weiter.

Dahinter steckt natürlich das Interesse, das beide imperialistischen Blöcke daran haben, solch eine Konferenz, die keine wirklichen Ergebnisse bringt, aber um die man viel Propaganda machen kann, zu verwirklichen.

Die USA und ihre Verbündeten wollen diese Konferenz nutzen, um ihre Kampagne gegen die imperialistische Politik der UdSSR fortzuführen und sich damit selbst reinzuwaschen, die eigene Aggressivität zu verschleiern. So wurde **der sowjetische Überfall auf Afghanistan von allen westlichen Rednern hart angegriffen — zu Recht. Niemand aber, auch nicht die Vertreter des sowjetischen Imperialismus, griffen die Aggression der USA gegen El Salvador oder ihre Unterstützung der südkoreanischen und bolivianischen Faschisten an, vom türkischen Putschregime ganz zu schweigen, das ja auch aus Moskau schon gelobt wurde.** Einmal mehr reihte sich dabei Außenminister Genscher in die Bataillone Washingtons ein, klagte den östlichen Block scharf an, ohne fürchten zu müssen, etwa selbst wegen der bundesdeutschen Einmischung in die Türkei angegriffen zu werden.

Insofern hat diese „Noch-nichtkonferenz“ die Ziele der USA-Imperialisten und ihrer westdeutschen Hauptverbündeten zumindestens bereits soweit erfüllt, daß durch ihre Presse ein Aufatmen ging. Das Forum war zur Attacke auf den Konkurrenten war geschaffen, und es wurde weidlich ausgenutzt. Der amerikanische Chefdelegierte Bell, ehemaliger Minister Richard Nixons listete in seiner Rede zahlreiche Fälle der Unterdrückung von Dissidenten in der UdSSR aneinander, ohne damit allerdings wenigstens die eigenen Verbündeten begeistern zu können. Sein allgemein als schwach bezeichneter Auftritt wurde dann durch Genschers Rede ausgeglichen, gemäßigter im Ton, gleich in der Sache. Von Menschenrechtsverletzungen im Westen war nicht die Rede, nicht vom amerikanischen Rassismus, nicht von den westdeutschen Polizeistaatsmaßnahmen oder vom Terror der portugiesischen Regierung und so weiter.

Die sowjetischen Imperialisten, die sich im bisherigen Verlauf der Konferenz ausschließlich in der Verteidigung befanden, beklagten denn auch die Atmosphäre des kalten Krieges, die in Madrid herrschte. Sie gingen aber nicht zur Gegenoffensive über, da sie vor allem ihr Ziel der Einberufung einer europäischen Abrüstungskonferenz erreichen wollen und dafür auch bereit sind, auf den anderen Gebieten zurückzustecken.

Mit dieser europäischen Abrüstungskonferenz verfolgt man in Moskau ein doppeltes Ziel: man möchte einerseits einen Ersatz für SALT II schaffen, dessen Unterzeichnung durch die neue amerikanische Reagan-Regierung sehr unwahrscheinlich ist. Man braucht **aber in Moskau eine gewisse Rüstungsbegrenzung, da man die Aufrüstung auf vollen Touren in Konkurrenz mit der NATO wirtschaftlich nicht durchstehen kann.**

Zum anderen versucht man einmal mehr die alte Vorgehensweise der Supermächte fortzusetzen, die anderen, die kleineren Mächte, abrüsten zu lassen, selbst aber weiter zu rüsten und an der bestehende[n] Aufteilung der Einflußsphären festzuhalten, die man dann durch die Unterwanderung von Befreiungsbewegungen zu ändern gedenkt. Diese Vorgehensweise allerdings ist in den Augen der USA, zumindest in verschiedenen Teilen der Welt, überholt, diese halten sich nicht mehr daran.

So ist der Grund gelegt für weitere immer schärfere Auseinandersetzungen. Dabei wird sich dies auch auf solchen Konferenzen selbst immer deutlicher zeigen. **Die albanische Regierung, die einzige, die 1975 an der KSZE in Helsinki nicht teilnahm, bezeichnete dieses Treffen damals zu Recht als Unsicherheitskonferenz. Diese Einschätzung wird fünf Jahre später, jetzt in Madrid, vollauf bestätigt und bekräftigt.**



KSZE-Ergebnisse: Raketen, wie diese Pershing, bepflastern Westeuropa.

Auch die Bundesstaatsanwaltschaft stellt es in Frage:

Alleintäter Köhler?

Eine große Zahl von Zeugenaussagen belegt, daß Gundolf Köhler der Attentäter auf dem Münchener Oktoberfest gewesen ist. Das geht aus den Ermittlungsergebnissen hervor, die Generalbundesanwalt Rebmann am 13. November auf einer Pressekonferenz erläuterte.

Bombenanschlag auf dem Münchener Oktoberfest.

Mehrere Zeugen haben Köhler ab etwa 21.30 Uhr am Tatort gesehen. Nach Zeugenaussagen war Köhler bereits 1979 im Besitz eines solchen Granatenkörpers, wie er beim Anschlag benutzt wurde, sowie einer Kohlendioxyd-Treibgasflasche für Feuerlöscher, wie sie ebenfalls verwendet wurde. Rebmann wies darauf hin, daß die Bombe in dem von Köhler mitbenutzten Keller seines Elternhauses zusammengebaut und auch die Treibgasflasche dort bearbeitet wurde.

Etwa vier Wochen nach der Tat hat die Bundesanwaltschaft „gravierende Zeugenaussagen“ erhalten, wonach Köhler wenige Wochen vor dem Attentat in einem nicht näher beschriebenen Kreis Möglichkeiten für einen Anschlag im Zusammenhang mit der Bundestagswahl diskutiert hat. Darunter ein Anschlag auf das Oktoberfest. Dabei soll Köhler auch erklärt haben, für solch einen Anschlag seien mindestens zwei Mann erforderlich, einer allein sei damit überfordert.

Nach „Stern“-Enthüllungen

Stammheim vor dem Bundestag

Heftige Reaktionen im Ausland

STUTTGART. — Nach den Enthüllungen des „Sterns“ über bewußte Schlamperei der Behörden im Zuge der „Untersuchung“ des Todes von Baader, Ensslin und Raspe in Stammheim, die noch deutlicher als bisher nahelegen, daß die Gefangenen der RAF ermordet worden sind, gerät die Staatsanwaltschaft ins Rotieren.

Stammheim-Ermittler Rainer Christ läßt sich verleugnen. Seinen automatischen Anrufbeantworter füttert er mit Dementis. Das Justizministerium in Stuttgart sträubt sich gegen eine Wiederaufnahme der Ermittlungen, obwohl feststeht, daß ihm in der vergangenen Jahren wichtige Akten vorenthalten wurden.

Aber ganz untätig bleibt die Staatsanwaltschaft nun auch nicht: sie ermittelt jetzt gegen die unbekannten Informanten des „Sterns“!

Anders ist die Reaktion im Ausland. Hier interessieren die Tatsachen, nicht die Informanten. So schrieb „Extrabladet“, Dänemarks größte Tageszeitung: „Stammheim ist ein deutsches Rätsel, ein deutsches Trauma, ein deutsches Watergate.“ Nun, ein „Watergate“ ist der Skandal von Stammheim noch nicht, jedenfalls nicht, was die politischen Konsequenzen angeht: Dieser Vorfall, von seiner Bedeutung her natürlich mindestens so schwerwiegend wie Watergate, hat noch keinem Politiker seinen Diätensessel gekostet. Hier ist die Bundesrepublik selbst ihrem großen Bruder USA voraus, was den Schutz der politisch Verantwortlichen angeht...

Dennoch soll Stammheim vor den Bundestag kommen. Der Münchner SPD-Bundestagsabgeordnete und Exstaatsanwalt Manfred Schmidt verlangte in einer parlamentarischen Anfrage Auskunft darüber, ob die Bundesregierung „nach den vom ‚Stern‘ aufgestellten Behauptungen der mangelnden Ermittlungsarbeit ihre Forderung nach einer ‚über jeden Zweifel erhabenen Untersuchung‘ erfüllt sieht.“

Wir fordern mit den Angehörigen der Toten, mit allen Demokraten und Antifaschisten: Alle Fakten müssen auf den Tisch! Die Verantwortlichen müssen zur Rechenschaft gezogen werden!

Gegen Bonner Sparmaßnahmen

Massiver Protest der Studenten

Erklärung der Vereinigten Deutschen Studentenschaft (VDS)

Die von der Bundesregierung geplanten Haushaltskürzungen betreffen in massiver Weise auch den Hochschulbetrieb. Besonders hart betroffen sind die Studenten aus der Arbeiterschaft. Umfangreiche Protestaktionen sind geplant. Bereits in den nächsten Tagen und Wochen finden Demonstrationen und andere Aktionen in den Universitätsstädten statt. Wir drucken in Auszügen die Erklärung der Vereinigten Deutschen Studentenschaft (VDS) ab.

Die Mittel für den Hochschulausbau sollen 1981 um 220 Millionen Mark gekürzt werden.

Bereits heute sind die Hochschulen total überlastet: Einer Million Studenten stehen knapp 750000 Studienplätze zur Verfügung, die Anzahl der Hochschullehrerstellen stagniert seit 1976, während die Studentenzahl im gleichen Zeitraum um 180000 angestiegen ist. Mitte der 80er Jahre wird mit 1,3 Millionen Studenten gerechnet, das bisherige Ausbauziel von 850000 Studienplätzen soll jetzt noch drastisch reduziert werden Unzumutbare Studienbedingungen, Massenvorlesungen und überfüllte Seminare, „Schichtarbeit" und semesterlange Wartezeiten für Laborplätze bis hin zur Bedrohung ganzer Ausbildungsabschnitte, der Schließung von Hochschulen sind die Folge.

Die Ausbildungsförderung soll gekürzt werden.

In der Diskussion ist die Verschiebung der 1981 anstehenden BAFöG-Anpassung auf 1982, die Kürzung des Haushaltsansatzes, die Erhöhung des Grunddarlehens. Schon heute ist die Studienfinanzierung unzumutbar. Die Quote der nach BAFöG geförderten Studenten ist in den letzten Jahren ständig gesunken, immer mehr müssen neben dem Studium jobben, die Studienabbrecherquote ist auch deshalb angestiegen. Die 9. Sozialerhebung des DSW stellt einen Rückgang von Arbeiterkindern bei den Studienanfängern fest. Der Anteil der studienwilligen Schulabgänger ist von 1976 bis 1978 um 8 Prozent gesunken.

Die Wohnungsfinanzierung des Bundes soll schrittweise bis zur völligen Einstellung reduziert werden.

Und das angesichts von 50000 Erstsemestern, die schon in diesem Semester keine akzeptable Unterkunft finden konnten. Darüberhinaus wird die Lage auf dem Wohnungsmarkt durch die geplanten Streichungen im Wohnungsbauprogramm einschneidend verschlechtert.

Das drastische Sparprogramm der Bundesregierung wird begleitet von einschneidenden Sparmaßnahmen der Länder: Die Bundesländer Hessen, Hamburg und Nordrhein-Westfalen wollen der Universität Bremen den Geldhahn abdrehen. Hessen hat die Kürzung von 22 Millionen Mark und einen Stellenstop für die ersten drei Monate 1981 angekündigt. NRW hat einen Nullstellenplan für den öffentlichen Dienst für 1981 und die Streichung von Ausbauvorhaben geplant. Baden-Württemberg will die Schließung der Pädagogischen Hochschulen Lörrach und Eßlingen Anfang November im Landtag beschließen.

Durch diese angekündigten Sparmaßnahmen ist die Aufrechterhaltung des Lehrbetriebes in vielen Bereichen unmittelbar bedroht. Die VDS unterstützen die geplanten örtlichen und regionalen Protestaktionen gegen diese Sparmaßnahmen.

Die VDS begrüßen Initiativen von Hochschullehrern und Hochschulleitungen für Protestmaßnahmen. Die in zahlreichen Bundesländern geplanten, regionalen Demonstrationen im November und Dezember werden den gemeinsamen Protest von Studenten, Schülern und Arbeiterjugend gegen diese Rotstiftpolitik deutlich manifestieren.

Die VDS wird Gespräche mit dem DSW und der GEW über gemeinsame Forderungen zum BAFöG und zur Wohnungssituation entwickeln.

Wir fordern:

Zurücknahme der angekündigten Sparmaßnahmen! Fortsetzung der Bezuschussung der Universität Bremen durch Hessen, NRW und Hamburg! Ausbau der Hochschulen und Hochschullehrerstellen entsprechend den steigenden Studentenzahlen! Erhöhung der BAFöG-Sätze zum vorgesehenen Termin 1981! Streichung des Grunddarlehens! Maßnahmen zur Verbesserung der studentischen Wohnsituation!

Diese Forderungen können durch die Kürzung der Rüstungsausgaben, die Streichung von Konzernsubventionen und Steuervergünstigungen für Unternehmen finanziert werden.



Kundgebung der Studenten auf dem Alten Markt in Dortmund

Universität Dortmund

7 000 demonstrierten

Für den Erhalt der Universität

Die neuen Sparmaßnahmen der NRW-Landesregierung bedrohen die Existenz der Universität Dortmund. Die Uni befindet sich noch im Aufbau. Jetzt wurden von der Landesregierung sämtliche geplanten Bauten auf unbestimmte Zeit verschoben und die geforderten zusätzlichen 16 Professorenstellen gestrichen. Weitere 67 vorhandene und besetzte Planstellen sollen dem Rotstift zum Opfer fallen.

Im Aufruf der Universität heißt es dazu: „In einzelnen Abteilungen wie Informatik und Statistik wird sich die Streichung von Professorenstellen als lebensbedrohlich erweisen. In anderen Abteilungen und in der Verwaltung führen Personalstopp und schleichender Personalabbau zu immer größeren Engpässen. Der immer größer werdende Studentenberg drängt in überfüllte Gebäude und Seminarräume. Schlimmstes Beispiel ist die Raumnot der Abteilung Sondererziehung und Rehabilitation. In einem Gebäude, das für 300 Schüler gedacht war, studieren fast 2000 Studenten, darunter Gehbehinderte und Blinde."

„An der Fachhochschule können Studenten nur mit einem teuren Auto studieren, die Gebäude sind über das ganze Stadtgebiet verteilt", erklärte Fachhochschul-Rektor Gerald Koeniger auf der Abschlußkundgebung.

Studenten, Angestellte und Professoren beteiligten sich gemeinsam an der Demonstration. Die ÖTV-Dortmund hatte zur Unterstützung der Demonstration aufgerufen. Der Betriebsrat des Hoesch-Werks Phönix solidarisierte sich mit dem Protest ebenso wie der DGB-Kreis Dortmund. Die Studenten bekundeten auf der Demonstration ihrerseits Solidarität mit dem Kampf der Hoesch-Arbeiter für das neue Stahlwerk.



Unter dieser Parole finden am Wochenende in Dortmund und Stuttgart Demonstrationen statt. Im Aufruf zu der Dortmunder Demonstration, die von der Landesschülervertretung, der Landesastenkonferenz und der Vereinigung der Lehramtsanwärter getragen und von zahlreichen Organisationen, darunter auch der Roten Garde, unterstützt wird, heißt es unter anderem:

„Wir wollen für unsere Zukunft lernen und arbeiten. Doch die Berufsausbildung hinkt weiter hinter den Erfordernissen der Zukunft hinterher. Bildung und Berufsausbildung sind nicht an den Interessen der Jugendlichen orientiert, sondern daran, daß die schnellstmöglichst im Betrieb verwertbar sind."



Dortmund: Treffpunkt 12.30 Uhr, Parkplatz Südbad, Kundgebung 15.00 Uhr Ascheplatz

Stuttgart: Treffpunkt 11.30 Uhr, Schellingstraße, Kundgebung 13.00 Uhr Schillerplatz

„Wir fordern:

- **Sofortige Einstellung aller ausgebildeten Lehrer mit voller Stundenzahl!**
- **Mehr integrierte Gesamtschulen sofort, die integrierte Gesamtschule muß Regelschule werden!**
- **Mehr demokratische Rechte in der Schule, eine von der Schulleitung unabhängige Schülervertretung mit politischem Mandat!**
- **Für alle Schüler müssen qualifizierte Ausbildungsplätze angeboten werden, vor allem in Großbetrieben!**
- **Ausgebildete Jugendliche müssen einen Arbeitsplatz entsprechend ihrer Ausbildung erhalten, das darf nicht zu Lasten der älteren Kollegen gehen!**
- **Weg mit dem persönlichbezogenen Beurteilungswesen in der Ausbildung. Nur fachliche Leistungen dürfen bewertet werden.**
- **Für die Neufassung von Landeshochschulgesetz und Hochschulrahmengesetz!**
- **Gegen Meldefristen, Zwischenprüfungen und Regelstudienzeit!**
- **Für eine demokratische Studienreform!"**

Haus der Jugend geschlossen

Zoff in Bottrop

Türkische und deutsche Jugendliche halten zusammen

Nach wochenlangen Auseinandersetzungen verfügte am 23.10.80 das Jugendamt die Schließung des Hauses der Jugend in Bottrop. Drei Mitarbeiter wurden inzwischen entlassen, gegen einen weiteren Mitarbeiter läuft ein Verfahren. Die Besucher, deutsche und türkische Jugendliche, haben sich zusammengeschlossen und kämpfen für ihr Haus und die Wiedereinstellung der Mitarbeiter.

Angefangen hatte alles damit, daß immer mehr türkische Jugendliche ins Haus der Jugend kamen. Es liegt in einem Wohngebiet mit hohem Ausländeranteil. Nur zu Recht wollten die Jugendlichen auch ihre Freizeit hier verbringen.

Das Jugendamt richtete sich zunächst darauf ein. Es wurde ein Konzept zur Integration entwickelt. Nach und nach waren aber inzwischen fast 80 Prozent der Besucher türkischer Abstammung. Das brachte natürlich Konflikte mit sich. Welche Musik soll gespielt werden? Es gab Probleme in Bezug auf Freundschaften usw. wie sie in allen Jugendzentren entstehen, die mit deutschen und ausländischen Jugendlichen arbeiten. Aber das sind Probleme, die man lösen muß, will man die Integration der ausländischen Jugendlichen.

Doch Ralph Pilippi, Leiter des Hauses der Jugend und Vorsitzender der Jusos in Bottrop, sah die Sache anders. Jedenfalls verhielt er sich so. Die deutschen Jugendlichen erhielten von ihm Vorteile gegenüber den anderen. Die Disco-Gruppe, seine Lieblingsgruppe, hatte keine finanziellen Probleme während die türkischen Jugendlichen kein Geld für neue Spiele bekamen. Bald durften sie die Diskothek-Veranstaltungen nur noch besuchen, wenn sie eine Freundin mitbrachten. Türkische Musik gab es nur noch zu bestimmten Zeiten. Das Hausverbot gegen ein Mitglied der „Grauen Wölfe", das ausgesprochen wurde, weil es faschistische Lieder sang und andere provozierte, wurde von Pilippi wieder aufgehoben.

Die Eskalation mußte eintreten. Die Mitarbeiter und Jugendlichen stellten sich gegen den Heimleiter. Sie organisierten eine Versammlung im Haus der Jugend, es kamen über hundert Jugendliche, die hier ihrem Unmut Luft machten.

Anlaß für das Jugendamt mit administrativen Maßnahmen, wie so oft in solchen Situationen, zu reagieren. Pilippi wurde offiziell das Vertrauen ausgesprochen, das Haus der Jugend geschlossen. Noch am gleichen Abend marschierte eine Gruppe von Jugendlichen zum Rathaus und besetzte den Eingang des Jugendamtes. Einen Tag später, am 23. Oktober waren es über hundert Jugendliche, die demonstrierten. Und jetzt waren es deutsche und türkische Jugendliche in einer Reihe. Gab es früher vielleicht auch einmal Streiterei, so war das jetzt vergessen; jetzt zählte die Solidarität. Immer wieder auf Versammlungen, Flugblättern und Transparenten heißt es: „Türkische und deutsche Jugendliche, wir halten zusammen!"

Der Schließung des Hauses folgte die Entlassung der Mitarbeiter. Alle Mitarbeiter, die sich für die Jugendlichen eingesetzt haben und ihren aufrichtigen Standpunkt gegenüber dem Heimleiter und dem Jugendamt vertraten, sind entlassen worden. Die Stadt will das Haus wieder öffnen. Aber mit anderen Mitarbeitern und wohl letztlich ohne türkische Besucher.

Der Kampf geht also weiter. Solidarität und Unterstützung bekamen Jugendliche und Mitarbeiter vom Jugendpolitischen Forum Essen, vom Arbeitskreis Jugendzentrum Gladbeck, dem Projekt Jugendarbeit an der Universität Essen, der Bezirksschülervertretung und der SV der Berufsschule.

Die Forderungen der Jugendlichen lauten:

Sofortige Öffnung des Hauses! Sofortige Einberufung der Vollversammlung! Neuwahl der jugendlichen Beiratsmitglieder auf der Vollversammlung! Birgit, Gerd, Werner und Michael müssen bleiben! Freie Meinungsäußerung — ohne Strafe! Gleiche Rechte für türkische und deutsche Jugendliche!

Solidaritätsadressen und Spenden bitte an folgende Adresse schicken: Initiative Haus der Jugend c/o Ulrich Neuhäuser, Krusestraße 28, 4250 Bottrop, Tel.: 02041/32420

12. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Bergbau und Energie

Verteidigung der Einheitsgewerkschaft kein Thema für die IGBE?

BOCHUM.— Vom 24. bis 28. November findet in Aachen der 12. ordentliche Kongreß der IG Bergbau und Energie (IGBE) statt. Bekanntlich zeichnet sich die IGBE-Führung durch eine extrem kapitalistenfreundliche und reaktionäre Haltung aus. Zugleich praktiziert sie innerhalb der Organisation einen besonders diktatorischen Führungsstil, der darauf abzielt, jede fortschrittliche oder gar revolutionäre Bestrebung an der Basis rücksichtslos zu unterdrücken. Hier dürfte ein Grund dafür liegen, daß bestimmte wichtige Forderungen und gewerkschaftspolitische Standpunkte, die auf allen anderen Gewerkschaftstagen in diesem Jahr eine zentrale Rolle gespielt haben, auf dem IGBE-Kongreß gar nicht erst zur Debatte stehen.

554 Anträge liegen dem IGBE-Kongreß vor. Aber diese Anträge sind ein ausgefiltertes Ergebnis von 4 280 Einzelanträgen, die in den Ortsgruppen gestellt worden sind. Die „Bearbeitung" bzw. „Zusammenfassung" der Einzelanträge oblag sieben Antragsberatungskommissionen, die nicht etwa demokratisch gewählt, sondern vom Hauptvorstand selbstherrlich eingesetzt wurden.

Dies ist ein Verfahren, das einer regelrechten Antragszensur durch die Gewerkschaftsführung Tür und Tor öffnet. In



Den härtesten Arbeitsbedingungen sind die Bergarbeiter unter Tage unterworfen. Um bessere Arbeitsbedingungen und mehr Lohn zu erkämpfen, müssen sie sich auf ihre Gewerkschaft verlassen können. Dazu muß allerdings die Macht der reaktionären Bonzen in der IGBE gebrochen werden.

den anderen Einzelgewerkschaften des DGB ist das Verfahren erheblich demokratischer. Dort werden die Anträge von den Delegiertenkonferenzen des Ortsverwaltungsbereiches bzw. der Landesbezirke beschlossen und keine eingesetzte Kommission kann hinterher an diesen Anträgen noch herumbasteln. So wie sie verabschiedet sind, liegen die Anträge dann auch dem Gewerkschaftstag zur Beschlußfassung vor.

Daß heißt nicht, daß nicht auch in den anderen Gewerkschaften die Führungen die Arbeit der Gewerkschaftstage in ihrem Sinne zu manipulieren versuchen. Zum Beispiel durch entsprechende Beschlußempfehlungen der ebenfalls nicht gewählten, sondern von oben eingesetzten Antragsprüfungskommissionen. Aber daß bestimmte Forderungen überhaupt auf den Tisch kommen, können sie dadurch nicht verhindern.

Wir sind nicht in der Lage, darüber zu berichten, ob diese oder jene Forderung auf diese oder jene Weise von den Gefolgsleuten der IGBE-Führung wegmanipuliert wurde und wie das im einzelnen vonstatten ging. **Warum jedoch taucht die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, die eine einheitliche Forderung der gesamten Gewerkschaftsbewegung ist, in keinem einzigen der 554 Anträge auf?**

Niemand wird behaupten wollen, daß die Mitgliederbasis der IGBE es ist, die hier aus der einheitlichen Front des DGB ausscheren möchte. Auch wenn ein Teil der Untertagebergleute wegen der besonders harten Arbeitsbedingungen nicht über sieben Stunden am Tag vor Ort arbeitet, ist dennoch auch im Bergbau die 35-Stunden-Woche genauso notwendig, wie überall.

Aber nicht allein bei der 35-Stunden-Woche hat sich die IGBE in Bezug auf die Anträge zum Gewerkschaftstag vom Gesamt-DGB abgesetzt. Bei allen Gewerkschaftstagen der anderen DGB-Gewerkschaften, die in diesem Jahr stattgefunden haben, spielte die Zurückweisung der gewerkschaftsfeindlichen Hetze von der sogenannten kommunistischen Unterwanderung eine herausragende Rolle. Die Verteidigung der Einheitsgewerkschaft ist heute ein zentrales Thema in der gewerkschaftspolitischen Diskussion der aktiven Gewerkschafter aller Einzelgewerkschaften.

In den Anträgen, die dem IGBE-Kongreß vorliegen, sucht man jedoch vergeblich nach diesen Begriffen und Stellungnahmen. Mit keiner einzigen Silbe werden diese Probleme angesprochen!

Nun ist es kein Geheimnis, daß die IGBE-Bonzen, die Adolf Schmidt, Horst Niggemeier und Konsorten fanatische Antikommunisten sind. Sie selbst haben die Unterwanderungshetze kräftig geschürt. Und die „einheit", das von Horst Niggemeier geleitete IGBE-Blatt, kann sich in ihrer antikommunistischen Hetze und ihrem Haß gegen alle irgendwie links von der SPD-Führung stehenden Kräfte mit Springers „Bild"-Zeitung messen.

Noch eine weitere Besonderheit springt bei den IGBE-Anträgen sofort ins Auge: Die fehlende Auseinandersetzung mit dem Entwurf des DGB-Bundesvorstands für ein neues Grundsatzprogramm, der ja in wenigen Wochen auf einem außerordentlichen Bundeskongreß des DGB zur Verabschiedung ansteht.

Auf allen anderen Gewerkschaftstagen hat die Auseinandersetzung über diesen Entwurf eine vorrangige Stellung eingenommen, lagen dazu Änderungsanträge in großer Zahl vor. Nicht so bei der IGBE! Ein einziger Antrag liegt dem Kongreß vor! Und selbst dieser umgeht die entscheidenden strittigen Punkte des Entwurfes, nämlich die sozialpartnerschaftliche Orientierung des Programms sowie die darin enthaltene Verfälschung des Prinzips der Einheitsgewerkschaft. Auch in dieser Beziehung wird deutlich, wie die IGBE-Bonzen mit der innergewerkschaftlichen Demokratie umspringen.

Der reaktionäre Standpunkt der IGBE-Führung drückt sich unmittelbar in den gewerkschaftspolitischen Entschließungsanträgen des Hauptvorstands aus. Nehmen wir als Beispiel das Thema Frieden und Abrüstung. Dazu liegen dem Kongreß vier Anträge vor. Der Hauptvorstand nimmt zu dieser Frage im Antrag 1 Stellung. Darin heißt es unter anderem:

„Ereignisse der jüngsten Vergangenheit schüren neue Ängste und säen neues Mißtrauen. Die Geiselnahme amerikanischer Diplomaten im Iran und der Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan sind schwerste Verletzungen des Völkerrechts und der Vereinbarungen von Helsinki. Sie haben das internationale Klima bedrohlich verschlechtert."

Unter dem Mäntelchen von Entspannungsparolen ergreift der IGBE-Hauptvorstand hier schamlos Partei für die Kriegstreiber von der Wallstreet, für die amerikanische Supermacht und für die Gefolgschaft Bonns zu deren aggressiver Politik. Heuchlerisch wird einseitig nur die sowjetische Aggression in Afghanistan verurteilt. Ausgerechnet der Iran wird beschuldigt, das internationale Klima zu vergiften und das Völkerrecht zu mißachten. Daß der Iran sich gegen die Tyrannei des amerikaischen Imperialismus erhoben hat, ruft den Haß der IGBE-Bonzen hervor.

Zwar werden in den anderen drei Anträgen zur Friedensfrage die entspannungsfeindliche Politik der Bundesregierung, das Wettrüsten und die Provokationspolitik der USA und der NATO nicht direkt angegriffen. Aber keiner von ihnen vertritt einen solch ekelerregenden, hündischen Chauvinismus wie der Antrag des Hauptvorstands. **In ihrer Stoßrichtung sind die anderen Anträge vielmehr an echter Entspannung orientiert und fordern konkrete Abrüstungsschritte. Am konsequentesten tut dies der aus Dortmund stammende Antrag 3, der folgendermaßen lautet:**

„Der Hauptvorstand wird beauftragt, eine eindeutige Haltung gegen das allgemeine Wettrüsten sowohl im nationalen als auch im internationalen Bereich einzunehmen. Diese politische Aussage muß auch im Organ der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie „einheit" ihren Ausdruck finden. Der Hauptvorstand macht seinen Einfluß dahingehend geltend, daß in unserem Land konkret und sofort Schritte eingeleitet werden, die zur Abrüstung führen und damit beitragen, den Weg für eine friedliche Entwicklung in Europa und der Welt freizumachen."

Die IGBE-Bonzen konnten nicht verhindern, daß noch eine ganze Reihe weiterer konsequenter Forderungen sowohl auf tarifpolitischem Gebiet,als auch gesellschaftspolitischer Art, trotz Zensur auf den Tisch des Gewerkschaftstages kommen. So wird gefordert, daß die Bergarbeiter wieder an die Spitze der Lohnskala gebracht werden. Eine große Zahl von Anträgen zielt auf die generelle Herabsetzung des Rentenalters und zwar für Bergleute unter Tage und für Kontischichtarbeiter auf 55 Jahre und für Normalschichtler über Tage auf 60 Jahre. Die Neufassung der Arbeitszeitordnung wird gefordert. Energiepolitisch wird verlangt, daß die Regierung endlich ihr Versprechen einlösen muß, der heimischen Kohle Vorrang zu verschaffen. Ein Antrag verlangt die Auflösung faschistischer Verbände und der Grauen Wölfe sowie das Verbot jeglicher Nazipropaganda.

Sehr erfreulich ist, daß auch ein Antrag für das gesetzliche Verbot der Aussperrung durch das Sieb der Antragskommission gedrungen ist.

Alle undemokratischen Methoden und aller Druck der IGBE-Führung wird also nicht verhindern können, daß auch der IGBE-Gewerkschaftstag die Existenz und den wachsenden Einfluß revolutionärer und fortschrittlicher Kräfte im Verband der Bergarbeiter widerspiegelt.

Die reaktionäre Linie, die Adolf Schmidt, Horst Niggemeier und Konsorten der IG Bergbau und Energie aufzwingen, fordert die fortschrittlichen Kräfte in dieser Gewerkschaft zum entschiedenen und organisiert geführten oppositionellen Kampf heraus. Hier ist die RGO vor eine große Aufgabe gestellt. Denn wer sonst könnte die Organisierung eines unversöhnlichen Kampfes gegen die IGBE-Bonzen, gegen ihre arbeiterfeindliche Politik in die Hand nehmen und ihre diktatorischen innergewerkschaftlichen Machtpositionen zurückdrängen?

Für die RGO im Bergbau spielt es eine besonders wichtige Rolle, klassenbewußte Kollegen für eine aktive Gewerkschaftsarbeit zu gewinnen, denn gerade wegen der offen reaktionären und diktatorischen Haltung der IGBE-Bonzen sind bis jetzt viele kämpferisch eingestellte IGBE-Mitglieder der aktiven Gewerkschaftsarbeit ferngeblieben. Eine weitere wichtige Aufgabe der revolutionären Opposition ist es, positive Alternativen zur Politik der IGBE-Führung auf den wichtigsten Gebieten des gewerkschaftlichen Kampfes zu entwickeln und sie dann unter den Mitgliedermassen zu propagieren.

Denn um die Arbeiterfeindlichkeit der IGBE-Bonzen den Mitgliedermassen richtig deutlichzumachen und ihnen gleichzeitig eine Perspektive aufzuzeigen, bedarf es praktischer und einleuchtender Vorschläge darüber, für welche Forderungen vorrangig ein Kampf geführt und wie dieser Kampf angepackt werden muß, wie die Kampfbereitschaft gestärkt und wie die Gewerkschaft dazu gebracht werden kann, diese Kampfbereitschaft in organisiertes Handeln umzusetzen. Bei der Erarbeitung solcher Vorschläge bzw. Programme gilt es gerade auch die fortschrittlichen Anträge aufzugreifen, die an den 12. Ordentlichen Gewerkschaftstag gerichtet wurden.

Vetter tischt neue Unterwanderungshetze auf

„Außerhalb einer solidarischen Diskussion"

Reaktion auf Kritik am Entwurf des neuen Grundsatzprogrammes

MAINZ.— Die GEW-Berlin sei von der SEW (Sozialistische Einheitspartei Westberlin) gesteuert. Und mit ihrer Kritik am Entwurf des neuen DGB-Grundsatzprogrammes habe sie sich „außerhalb der solidarischen Diskussion" gestellt.

Diese unglaublichen Angriffe auf einen ganzen Landesverband einer DGB-Gewerkschaft leistete sich der DGB-Chef Vetter auf dem Gewerkschaftstag der GEW, der vor kurzem in Mainz stattgefunden hat.

Den Zorn des DGB-Vorsitzenden hat sich die Westberliner GEW dadurch zugezogen, daß sie ihr Recht auf Kritik an dem vom DGB-Bundesvorstand vorgelegten Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm des DGB wahrgenommen hat. Und zwar ist diese Kritik des Landesverbandes Westberlin der GEW die konsequenteste und mutigste, die bislang von einer Gliederung einer DGB-Gewerkschaft geleistet worden ist.

Die Westberliner Kollegen haben sich nicht darauf beschränkt, die Angriffe zurückzuweisen, die gegen das Prinzip der Einheitsgewerkschaft in den unmittelbar auf dieses Thema bezogenen Passagen des Entwurfes enthalten sind (z.B. Beseitigung des weltanschaulich-politischen Toleranzprinzips). Sie sind auch auf die gesellschaftspolitischen Positionen des Entwurfes eingegangen. Und diese degradieren den DGB — übrigens in Übereinstimmung mit der realen Politik der jetzigen DGB-Führung — faktisch zu einer rechts-sozialdemokratischen Richtungsgewerkschaft.

So wird in der Stellungnahme völlig zu Recht kritisiert, daß der Entwurf antikapitalistische Positionen ausschließe und daß er die Gewerkschaft auf die Stabilisierung der sogenannten „sozialen Marktwirtschaft", das heißt des kapitalistischen Profitsystems, verpflichtet. Ferner wird treffend kritisiert, der Entwurf bestimme das Verhältnis der Gewerkschaften zum bürgerlichen Staat im Sinne einer „realitätsblinden unkritischen Zustimmung". Zur Begründung dafür führen die Kritiker unter anderem an, daß die DGB-Führung die Bejahung der sogenannten „inneren Sicherheit" in das Grundsatzprogramm aufnehmen will. Ein Punkt, der übrigens von gewerkschaftlichen Gliederungen und Gremien schon hundertfach kritisiert worden ist.

Der DGB-Chef Vetter glaubt sich berechtigt, wegen dieser Kritik die GEW Berlin als außerhalb der gewerkschaftlichen Solidarität stehend beschimpfen zu dürfen. Das ist die Sprache eines gewissenlosen Spalters, eines, dem das Wort Einheitsgewerkschaft eine heuchlerische Phrase ist und nichts weiter! Wer die reaktionäre, rechtssozialdemokratische Position von Vetter und Konsorten zu kritisieren wagt, wird von diesen Herrschaften als gleichberechtigter Gewerkschafter innerhalb des DGB nicht mehr toleriert. Das ist die vorweggenommene Praxis der geplanten Streichung des Toleranzprinzips aus dem Grundsatzprogramm.

Noch unverfrorener und eindeutig gewerkschaftsschädlich ist die Behauptung Vetters, der Westberliner Landesvorstand der GEW sei „SEW-gesteuert". Diese Behauptung — das muß auch dem DGB-Vorsitzenden bekannt sein — entbehrt jeder realen Grundlage. Kein einziges Mitglied des Landesvorstands ist in der SEW organisiert. Und bekanntlicherweise hat der Landesvorstand der Westberliner GEW sich mit den streikenden Reichsbahnern solidarisiert, ganz im Gegensatz zur SEW, die wild gegen den Streik gehetzt hat.

Allerdings vertritt die Westberliner GEW in einigen wichtigen Punkten fortschrittlichere Standpunkte als die revisionistische SEW. Aber selbst wenn die SEW tatsächlich im Westberliner Landesvorstand der GEW einen starken Einfluß hätte, wären die Äußerungen Vetters verwerflich und schädlich für die Gewerkschaftsbewegung. Denn es ist schließlich die Sache der Kollegen, wen sie in die gewerkschaftlichen Gremien wählen.

Die Äußerungen Vetters sind ein neuerlicher Startschuß dieses Bonzen für die Hetze der schärfsten Arbeiter- und Gewerkschaftsgegner, der Strauß, Stoiber, Löwenthal und Co., über die angebliche kommunistische Unterwanderung" des DGB. Erst vor einigen Monaten, kurz bevor der Gewerkschaftstag der HBV zusammentrat, hat Vetter eine ähnliche Salve auch gegen die HBV losgelassen. Wie lange kann eigentlich dieser Reaktionär und Feind der Einheitsgewerkschaft noch auf dem höchsten Sessel des DGB sein schmutziges Spiel betreiben?

Abwiegelei der SPD-Bonzen durchkreuzen!

Am 28. November muß ganz Dortmund demonstrieren!

Kampf für neues Stahlwerk bei Hoesch geht weiter

DORTMUND. — Schon zweimal wurde in Dortmund eine angekündigte Massendemonstration für die Errichtung des neuen Blasstahlwerkes bei Hoesch abgeblasen. Verantwortlich dafür sind die SPD-Politiker und die Betriebsratsspitzen bei Hoesch. Aber unter dem Druck der Hoesch-Belegschaften wurde jetzt für den 28. November um 14 Uhr eine Großkundgebung in Dortmund angesetzt. Jetzt heißt die Parole: alles tun, damit dieser Tag zu einem machtvollen Großkampftag gegen die Arbeitsplatzvernichtung in Dortmund wird.

Nachdem am 31. Oktober 1 500 Hoescharbeiter vor die Hauptverwaltung marschiert waren, und den sofortigen Bau des neuen Stahlwerkes gefordert hatten, setzten sich pötzlich Kommunalpolitiker der SPD (z.B. der Dortmunder Oberbürgermeister Samtlebe) sowie die Betriebsratsspitzen von Hoesch und der Dortmunder IGM-Bevollmächtigte Dietrich an die Spitze der Bewegung. Inzwischen zeigt sich immer deutlicher, daß es diesen Leuten nur darum geht, den Kampf abzuwürgen.

Aber auch die Aufklärungsarbeit und die Verbreiterung der Solidaritätsbewegung, die den Bonzen als Vorwand für ihre Hinhaltetaktik dient, wird von ihnen sabotiert. Wo nicht Kollegen von unten her Initiativen ergreifen, läuft nichts in den Gewerkschaften. Aktive Gewerkschafter sowohl der IG Metall als auch der anderen DGB-Gewerkschaften beklagen sich, daß sie nicht einmal Unterschriftenlisten und auch sonst keine Materialien erhalten. Von den Führungsgremien der IG Metall und der anderen Einzelgewerkschaften des DGB müßten doch unbedingt die entsprechenden Initiativen ausgehen! Vertrauensleute und Betriebsräte müßten mobilisiert und mit Aufklärungsmaterial versorgt werden, Versammlungen für die Vorbereitung von Aktionen usf. Aber es läuft einfach zuwenig in dieser Richtung.

Wie schon so oft haben die Bonzen ihre wortradikalen Sprüche und Kampfparolen nur vom Stapel gelassen, um sich Vertrauen bei den Arbeitern zu erschleichen

Die Taktik der Bonzen läuft offenkundig darauf hinaus, die Masse der Hoesch-Arbeiter und der beunruhigten Bevölkerung in Dortmund immer wieder auf irgendwelche Verhandlungen und Maßnahmen der Politiker und Gewerkschaftsführung zu vertrösten, um durch diese Hinhaltetaktik Resignation zu erzeugen. So hofft man, daß die Bewegung für den Bau des Stahlwerkes, die mit so viel Schwung und Elan begonnen hatte, letztendlich im Sande verläuft. Und diese Gefahr besteht tatsächlich, wenn am Freitag, den 28. November nicht endlich eine machtvolle Aktion stattfindet!

In dieser Situation ist es notwendig, daß alle Kräfte, die sich ehrlich für die Organisierung eines konsequenten und machtvollen Kampfes für die Erhaltung der Stahlbasis in Dortmund einsetzen wollen, gemeinsam die Initiative ergreifen. Sie könnten durch ihre vereinte Kraft die betrügerischen Manöver der Politiker und Gewerkschaftsbonzen durchkreuzen. Dies wird aber durch die opportunistische Politik und die Spaltertätigkeit der DKP-Führer sehr erschwert, die sich schon von Beginn der Bewegung zeigte.

Als nach der Bundestagswahl vom Hoesch-Vorstand und der SPD die Katze aus dem Sack gelassen wurde, als klar wurde, daß das neue Stahlwerk nicht gebaut werden soll, schlossen sich Dortmunder Bürger, darunter der Schriftsteller Max von der Grün und die beiden RGO-Betriebsräte von Hoesch, zu einem Komitee „Dortmund darf nicht sterben" zusammen. Kaum war die Entstehung dieser Initiative in die Öffentlichkeit gedrungen, trat plötzlich eine zweite ähnliche Initiative in Erscheinung, die stark von der DKP beeinflußt ist. Diese Initiative wurde gegründet, ohne daß die Initiatoren auch nur den Versuch gemacht haben, mit der Initiative „Dortmund darf nicht sterben" Verbindung aufzunehmen.

Daraufhin wandte sich diese ihrerseits an die von der DKP beeinflußte Initiative. Aus Sorge, daß die Solidaritätsbewegung zersplittern könnte, machte sie den Vorschlag, daß beide Initiativen sich zusammenschließen sollten. Dieser Vorschlag aber stieß auf keine Gegenliebe sondern wurde von den Sprechern der DKP-beeinflußten Initiative unter fadenscheinigen Vorwänden abgelehnt.

Da die DKP in den Gewerkschaften sowie den Bürgerinitiativen und anderen Institutionen Einfluß besitzt, könnte sie einen erheblichen Beitrag leisten, um die Abwiegelungsmanöver der SPD und der Gewerkschaftsbonzen zu durchkreuzen. Stattdessen biedert die DKP-Führung sich bei diesen arbeiterfeindlichen Kräften an. Lieber lassen diese Führer ihre Partei zum Werkzeug eines ungeheuerlichen Betruges an den Arbeitern machen, als mit fortschrittlichen und revolutionären Kräften zusammenzuarbeiten mit dem Ziel, einen konsequenten Kampf der Hoesch-Belegschaften und der Dortmunder Bevölkerung gegen die Vernichtung der Stahlbasis zu organisieren.

Diese Haltung der DKP-Führer widerspricht jedoch dem Willen der meisten Mitglieder dieser Partei, denn sie wollen sich ehrlich für die Interessen der Arbeiterklasse einsetzen. Deshalb: Schluß mit der Spaltung. Es gilt, gemeinsam an einem Strang zu ziehen. Belegschaften und Bevölkerung müssen voll mobilisiert werden, damit am Freitag, den 28. November in Dortmund Zehntausende fordern: Stahlwerk jetzt!

Komitee ruft zur Demonstration gegen Arbeitsplatzvernichtung auf

„Rettet Rüsselsheim!"

RÜSSELSHEIM. — Für den 29. November hat das Komitee „Rettet Rüsselsheim" zu einer Demonstration gegen Arbeitsplatzvernichtung und Massenentlassungen in den Rüsselsheimer Opel-Werken aufgerufen.

Da sich die IGM-Führung bisher gegen die Forderung breiter Teile der Rüsselheimer Opel-Belegschaft nach einer Massendemonstration in Rüsselsheim gegen den Abbau von Arbeitsplätzen bei Opel gesperrt hat, haben Kollegen die Sache nun von unten her angepackt. Eine maßgebliche Initiative dafür ging von dem türkischen Betriebsratsmitglied und RGO-Kollegen, Atilla Özgüc, aus.

Das Komitee wird auch von Gruppen und Personen unterstützt, die nicht bei Opel beschäftigt sind, die aber sehen, daß ganz Rüsselsheim durch den Abbau der Automobilproduktion wirtschaftlich ruiniert wird.

Das Komitee hat sich an die Betriebsräte sowie an die Vertrauensleutekörper der IG Metall in allen Automobilunternehmen der Bundesrepublik und Westberlin gewandt, und um solidarische Unterstützung für den Kampf der Rüsselsheimer gebeten.

Die Demonstration beginnt am 29. November um 9.30 Uhr am Opel-Wohnheim, Grundweg in Rüsselsheim.

Journalisten kämpfen für 40-Stunden-Woche

In vielen Redaktionen mehrstündige Warnstreiks

BONN. — Redakteure aus ungefähr 200 Zentral- und Bezirksredaktionen von Tageszeitungen folgten dem Aufruf des Deutschen Journalisten-Verbandes (DJV) und der deutschen journalisten-union (dju) in der IG Druck und Papier und legten am Freitag vergangener Woche für mehrere Stunden die Arbeit nieder.

In zahlreichen Städten gingen die Journalisten auf die Straße, um die Bevölkerung zu informieren und über die Notwendigkeit ihres Kampfes aufzuklären. Bei vielen Tageszeitungen bekundeten auch die Arbeiter in den technischen Abteilungen und die Verlagsangestellten den Journalisten ihre Solidarität.

Die Journalisten fordern den Abschluß eines neuen Manteltarifvertrages, der ihnen die 40-Stunden-Woche sichert. Seit Monaten weigern sich die Zeitungsverleger strikt, auf diese berechtigte Forderung der Journalisten einzugehen.

SPD-eigenes Druckhaus Deutz soll stillgelegt werden

Belegschaft trat in einen Warnstreik

KÖLN. — Aus Protest gegen die beabsichtigte Stillegung des SPD-eigenen Druckhauses Deutz in Köln haben 150 Beschäftigte ihre Arbeit niedergelegt.

Auf einem Schild der protestierenden Belegschaftsmitglieder war die Parole zu lesen: „Wir wollen keinen Sozialplan sondern unsere Arbeitsplätze behalten!". Das Druckhaus Deutz gehört zu der Konzentrations-GmbH, einer Zusammenfassung der Presseunternehmen der SPD. 1978 hatten die SPD-Bonzen versprochen, das Druckhaus zu erhalten, falls innerhalb von drei Jahren ein ausgeglichenes Betriebsergebnis vorliege. Jetzt soll das Druckhaus stillgelegt werden, obwohl inzwischen keine Verluste mehr gemeldet werden.

Fahrzeugbauer im Kampf für Lohnerhöhung

Streik ging in die vierte Woche

BREMEN. — Bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe des „Roten Morgen" dauerte der Streik der Karosseriebauer in Bremen und Niedersachsen bereits mehr als drei Wochen.

Die Kollegen fordern 10,5 Prozent mehr Lohn. Der Streik begann am 28. Oktober. Die Kollegen haben für ihren konsequenten Kampf bereits viele Solidaritätsbekundungen erhalten. So haben die Vertrauensleute der IG Metall Bremen einen Betrag von 2000 Mark übergeben. Die Kollegen der Klöcknerhütte in Bremen haben den Streikposten Kohleöfen zum Warmhalten zur Verfügung gestellt.

Stahlkrise: Hüttenwerker müssen die Zeche bezahlen

Kurzarbeit und Arbeitsplatzabbau bei steigenden Stahlpreisen

DÜSSELDORF. — Die bundesdeutschen Stahlbarone weiten die Kurzarbeit aus, verkünden einen zusätzlichen Abbau von 10 000 Arbeitsplätzen und fordern einen sechsmonatigen Lohnstopp. Gleichzeitig sorgen sie mit erhöhten Stahlpreisen dafür, daß ihre Profite ungeschoren bleiben.

In der vergangenen Woche kündigte die Krupp Stahl AG für den Dezember Kurzarbeit in allen Bereichen außer der Stahlweiterverarbeitung an. Auch die anderen bundesdeutschen Stahlkonzerne bereiten Kurzarbeit vor, bzw. weiten, wie Hoesch und Röchling-Burbach, die bereits seit Monaten verfahrene Kurzarbeit weiter aus.

Im Oktober mußten bereits 4,3 Prozent der Stahlwerker kurzarbeiten. Jetzt verkünden die Stahlbarone, daß durch das Inkrafttreten des von der EG-Kommission beschlossenen „Zwangs"-Kartells in der westeuropäischen Stahlindustrie und infolge der damit verbundenen Produktionsquoten müsse die Kurzarbeit auf das Doppelte ausgeweitet werden.

Auf dem Eisenhüttentag in Düsseldorf erklärte Dr. Hufnagel, Vorsitzender des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute, durch die Beschlüsse der Brüsseler EG-Kommission sei für die bundesdeutsche Stahlindustrie zudem ein „Überhang" von zusätzlich 10000 Arbeitsplätzen entstanden.

Alle gegenwärtigen Maßnahmen zur Abwälzung der Krisenlasten auf die Stahlwerker führen die Stahlbarone jetzt auf die EG-Beschlüsse zurück, durch die sie gezwungen seien, die Produktion stärker einzuschränken, als ihre Auftragslage es eigentlich erforderlich gemacht habe. Bei Krupp versucht man dieser Argumentation dadurch Glaubwürdigkeit zu verleihen, daß man von „Überlegungen" spricht, gegen das Inkrafttreten des Krisenartikels 58 des Montanunionvertrages zu klagen.

Krupp kritisierte auch den Umstand, daß die für jedes einzelne Stahlunternehmen gesondert festgelegten Produktionsquoten der Geheimhaltung unterliegen. Offensichtlich fühlt sich der Krupp-Konzern gegenüber bestimmten Konkurrenten, vor allem gegenüber Thyssen, bei den Quoten benachteiligt.

Wie dem auch sei: Das „Zwangs"-Kartell ist nicht etwa eine gegen die Interessen der Stahlbarone gerichteten Maßnahme. Im Gegenteil. Damit wollen sie ihren Konkurrenzkampf untereinander soweit reglementieren und unter Kontrolle halten, daß ihre Profitinteressen unter der Bedingung der verschärften Überproduktionskrise optimal gesichert bleiben. Dementsprechend ist eine wesentlicher Zweck dieses Kartells die Durchsetzung höherer Verkaufspreise für Stahl.

Noch während der Verhandlungen in Brüssel wurde bereits ein deutliches Ansteigen der Betonstahlpreise gemeldet. Dies war eine Vorwegnahme von Vereinbarungen der EG-Stahlkonzerne über die Erhöhung der Stahlpreise, die inzwischen auch getroffen wurden. Sie beinhalten, daß die Stahlpreise in zwei Etappen angehoben werden. Bereits bis zum Jahresende soll die erste Etappe mit einer Erhöhung der Listenpreise um 15 bis 20 Prozent gelaufen sein.

Kapitalisten: mehr als 2,5 bis 3 Prozent mehr Lohn nicht drin

DGB-Führung reagiert statt mit Kampf mit „sozialem Dialog"

Tariferhöhungen unter 10 Prozent bedeuten Lohnsenkung!

DÜSSELDORF. — So radikal wie noch nie schreien die bundesdeutschen Kapitalisten nach offenem Abbau der Reallöhne. Anstatt darauf mit einer klaren Kampfansage zu antworten, verlegt sich die DGB-Führung auf einen sogenannten „sozialen Dialog" mit den Lohnraubstrategen und ihren Wasserträgern in Bonn.

Unvermindert setzten die Unternehmerverbände in der vergangenen Woche ihre Propagandakampagne für einen realen Abbau der Löhne und Gehälter in der bevorstehenden Lohnrunde fort. So tönte der Hauptgeschäftsführer des Gesamtverbandes der Metallindustrie, Dieter Kirchner, die Gewerkschaften müßten sich mit einer Erhöhung der Tariflöhne und -Gehälter um 2,5 bis 3 Prozent zufrieden geben.

Die Profithaie genießen bei ihrer Hetze gegen eine konsequente Tarifpolitik der Gewerkschaften die volle Unterstützung der Bonner Regierungskoalition. Die Herren Minister, egal ob Matthöfer und Ehrenberg von der SPD oder Lambsdorff von der FDP, unterstützen das zynische Spiel mit der Angst, das die Unternehmer jetzt verstärken, um die Gewerkschaften gefügig zu machen. Man beutet skrupellos die Furcht vor Arbeitslosigkeit und Existenzunsicherheit aus, die infolge der verschärften Wirtschaftskrise unter den werktätigen Massen aufkommt, um so den Widerstand gegen eine Senkung der Reallöhne zu brechen.

Dabei wissen die Kapitalisten und ihre politischen Wasserträger in Bonn doch ganz genau, daß eine weitere Einschränkung der Massenkaufkraft alles andere ist, als ein Mittel zur Ankurbelung des sinkenden wirtschaftlichen Wachstums und zur Milderung der Wirtschaftskrise. Diesen Herren geht es einzig und allein darum, die Lasten dieser Krise rücksichtslos auf die Arbeiter und Angestellten abzuwälzen, damit der Profit der Monopole ungeschoren bleibt.

Die Pflicht der DGB-Führer wäre es, die hemmungslose Propaganda der Lohnräuber mit einer klaren Kampfansage zu beantworten. Es müßte klar gestellt werden, daß Tariferhöhungen unter 10 Prozent von den Gewerkschaften um keinen Preis hingenommen werden können, weil das eine Senkung der Reallöhne bedeuten würde. Die Kampf- und Streikbereitschaft der Gewerkschaften müßte unzweideutig und handfest demonstriert werden.

Stattdessen aber beteiligten sich die DGB-Führer in der vergangenen Woche an einem sogenannten „sozialen Dialog", einer Form der „konzertierten Aktion", zu dem Bundeskanzler Schmidt die Spitzenvertreter der Kapitalistenverbände und des DGB geladen hatte und an der sich auch die Bundesminister Matthöfer, Ehrenberg und Lambsdorff beteiligten.

DGB-Chef Vetter predigte bei diesem Treffen den sogenannten „sozialen Frieden", was angesichts der skrupellosen Feldzüge von Kapital und Regierung auf unsere Löhne und Arbeitsplätze sowie im Hinblick auf die allseitigen Angriffe gegen den sozialen Besitzstand des arbeitenden Volkes ein nackter Hohn ist.

Ein beschämender Jahrestag

5 Jahre Majdanek-Prozeß

Viele antifaschistische Aktionen

DÜSSELDORF. — Ein beschämendes Jubiläum für die westdeutsche Justiz ist der 26. November: Der Düsseldorfer Majdanek-Prozeß geht ins sechste Jahr. Es gibt kaum eine Ungerechtigkeit, eine Form der Justizwillkür, die in diesem Prozeß gegen zehntausendfache Mörder nicht vorgekommen wäre.

Es beginnt schon mit der Vorgeschichte. 1959, 14 Jahre nach Kriegsende, begannen die Ermittlungen. Noch 16 weitere Jahre gingen ins Land, bis am 26.11.75 die Hauptverhandlung begann.

Mindestens 250000 Menschen wurden in Majdanek ermordet. Auf dem Wege zur Vernichtung wurden viele Häftlinge für eine Pauschale von 32 Pfennig bis höchstens vier Mark pro Tag von der SS an deutsche Unternehmen als Arbeitssklaven ausgeliehen — „Vernichtung durch Arbeit". Verdient hat auch an den Toten von Majdanek die IG Farben, die zur Vergasung ihr Zyklon-B lieferte. Das SS-Personal im KZ verübte beispiellose Grausamkeiten.

Nur 15 Angeklagte gab es bei Prozeßbeginn. Einer starb schon vor dem ersten Gerichtstag. Tumulte im Gerichtssaal und heftige Proteste der demokratischen Öffentlichkeit lösten im April 1979 die Freisprüche für vier Nazi-Mörder aus. Sie erfolgten wegen angeblichen Mangels an Beweisen — obwohl dutzende übereinstimmende Zeugenaussagen die Verbrechen der Angeklagten eindeutig belegten.

Inzwischen sind nur noch sechs Angeklagte zurückgeblieben, und nur vier von ihnen droht eventuell noch die lebenslange Haftstrafe. Allerdings werden auch gegen sie gerichtliche Anklagepunkte einer nach dem anderen fallengelassen! Es gehört zur Verschleppungstaktik des Gerichts, den Prozeß so lange hinzuziehen, daß eine Auswertung der Fakten und Aussagen immer schwieriger wird. Am Ende heißt es dann immer: „Mangel an Beweisen".

Die Zeugen, die vom bestialischen Terror der Angeklagten selbst Betroffenen und die Angehörigen Ermordeter, wurden mit Duldung des Gerichts auf brutalste Weise verhöhnt und beleidigt. Man verlangte von ihnen „Ariernachweise" und exakte Zeitangaben für konkrete Vorfälle. Kein Wunder — die Verteidiger der Nazis sind selber Faschisten, jüngere, die heute in NPD, DVU usw. aktiv sind, aber auch „alte Kameraden" und SS-Männer, wie der Hitler-Staatsanwalt Hermann Stölting, damals mitverantwortlich für viele Todesurteile!

Mehrere Zeugen brachen unter der Erregung und seelischen Belastung, die ihnen dieser Prozeß und vor allem seine Begleitumstände auferlegte, zusammen. Sie mußten sogar erleben, daß die unter Mißachtung aller Gerechtigkeit Freigesprochenen als Entlastungszeugen für die Mörder anerkannt wurden.

Antifaschistische Aktionen zum „Jahrestag"

Verschiedene antifaschistische Aktivitäten sind aus Anlaß des 5. Jahrestages in Düsseldorf geplant. Daran beteiligt sich auch die VOLKSFRONT und unsere Partei.

Von den Jugend- und Verfolgten-Verbänden NRW werden zwei Veranstaltungen organisiert: ein **Informationsabend am 21.11.** um 19 Uhr im „Haus der Kirche", Bastionstraße 6. Es gibt eine Podiumsdiskussion mit Prof. Dr. Ulrich Klug, Heiner Lichtenstein, Superintendent Dieter Linz, Dr. Michael Ratz und Reinhard Junge. Im musikalischen Rahmenprogramm treten die Duisburger „Krempeltiere" auf.

Am 26.11. beginnt um 19 Uhr eine Protestveranstaltung in der Werner-von-Siemens-Schule, Rethelstraße 13. Im Kulturprogramm: Monika und Peter Witte, Erich Schaffner, Theaterdampfmaschine, szenische Lesung aus „Juristen" von Rolf Hochhut. Es sprechen Vertreter der Jugendverbände und Max Oppenheimer (VVN). **Am 26.11. um 16 Uhr wird vor dem Düsseldorfer Landegericht in der Mühlenstraße eine Mahnwache aufziehen.** Um 18 Uhr findet dort eine Kundgebung statt. Diese beiden Aktionen wurden vom „Düsseldorfer Arbeitskreis gegen Neonazis" initiiert, in dem mehr als 17 Organisationen vertreten sind, darunter die VOLKSFRONT. Nach Abschluß der Kundgebung geht es in einem Fackelzug zur Abendveranstaltung.

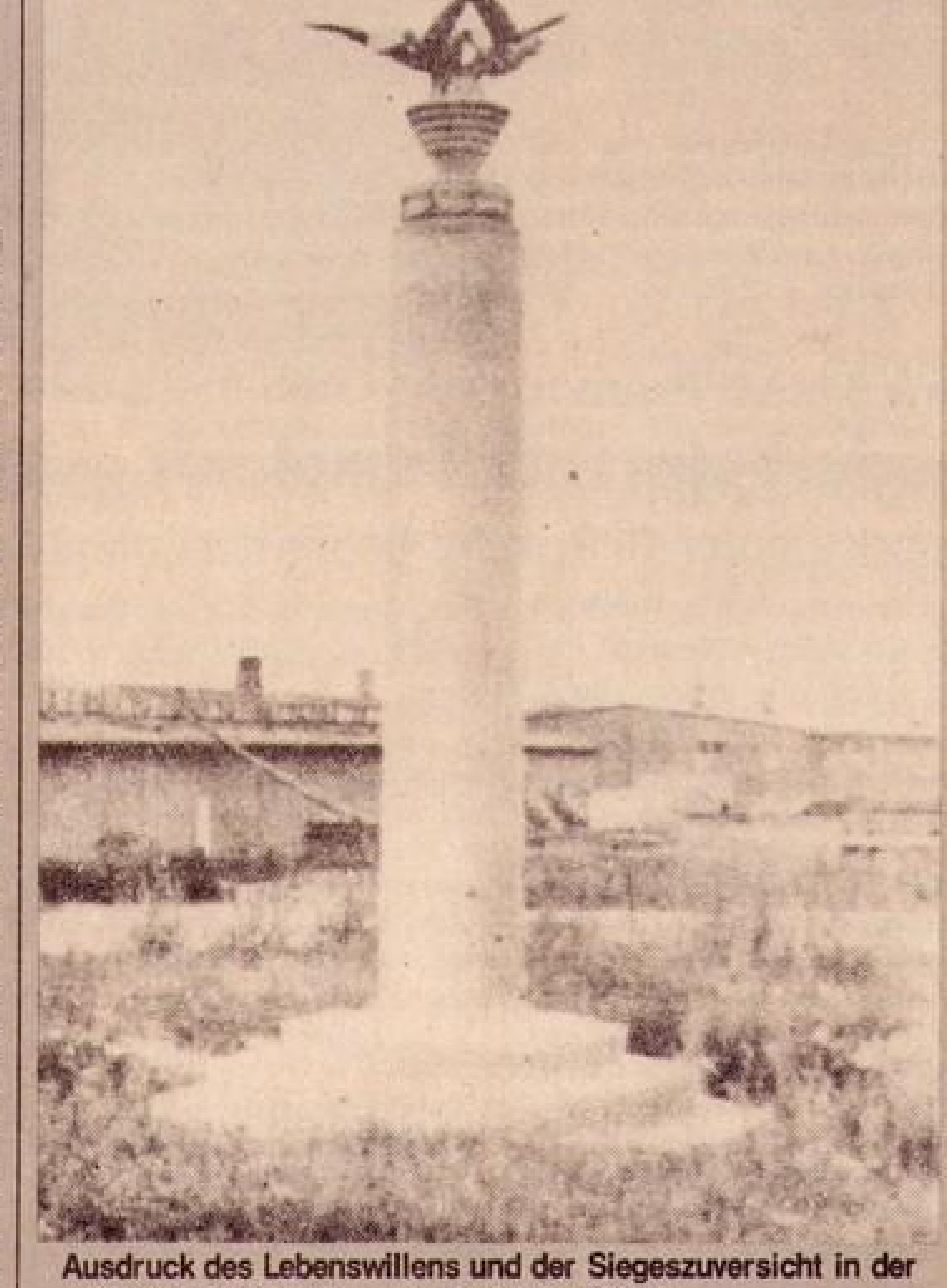
Außerdem läuft im Moment eine vom „Arbeitskreis" organisierte Unterschriftensammlung an, mit der die Errichtung eines antifaschistischen Mahnmals für die Opfer des Faschismus in der Nähe des Landegerichts durchgesetzt werden soll. Dafür bietet sich der Grabbe-Platz an, der im Moment neu gestaltet wird.

Auch das war Majdanek:

Beispiele des Widerstandes:

„Die unmenschlichen Lagerbedingungen — ständige Apelle, überfordernde Arbeit, Durchsuchungen, Kontrollen, Versetzung von Baracke zu Baracke, Hunger und das dauernde Gefühl der Unsicherheit — sollten die Häftlinge ganz in Anspruch nehmen, jeden Funken Menschlichkeit in ihnen töten, ja sogar jeden Gedanken, der über den Stacheldraht hinausging. Für die, die zusammenbrachen, gab es keine Rettung. Meistens aber überwanden Selbsterhaltungstrieb und vor allem der Wille zum Ausharren die Angstpsychose, und der Mensch begann gegen das Aufgedrungene zu kämpfen. Was sich außerhalb des Blickfeldes der SS-Männer abspielte, flößte den Häftlingen das Gefühl der Stärke und den Glauben an den Sieg ein ..."

„Oft gelang es den Häftlingen, die Unterstützung der SS für die eigenen Ziele zu gewinnen. Der Feldführer bewilligte den Vorschlag, auf dem Feld III Skulpturen zu errichten." (Unter dem Vorwand der Verschönerung des Feldes.) „Ihr Schöpfer war der Bildhauer Albin Maria Boniecki. Einige dieser Skulpturen wurden zu Symbolen. Am interessantesten war in dieser Hinsicht die Schildkröte, die die Losung ‚Arbeite langsam' symbolisierte, wie auch die Säule, deren Knauf drei zum Flug sich erhebende Adler schmückten. In den Fuß dieser Säule mauerte, natürlich unter Geheimhaltung vor den Lagerfunktionären, Ing. Stanislaw Zelent eigenhändig eine Handvoll Asche von den verbrannten Häftlingen ein.



Ausdruck des Lebenswillens und der Siegeszuversicht in der Hölle von Majdanek — die Drei-Adler-Säule

Auf diese Weise entstand das erste den Opfern des Faschismus gewidmete Denkmal." (Im Jahre 1943)

(Aus: „Das Konzentrationslager Majdanek" von E. Gryn und Z. Murawska)

Erneut VOLKSFRONT-Mitglied entlassen

Unerhörte Ausweitung der Berufsverbote-Praxis

MARBURG.— Erneut verlor ein Mitglied der VOLKSFRONT wegen dieser Mitgliedschaft seinen Arbeitsplatz. Diesmal handelt es sich um den Sozialarbeiter Detlef Ermisch, Mitglied im Landesvorstand Rheinland-Pfalz der VOLKSFRONT. Die Berufsverbote für VOLKSFRONTler sind eine unerhörte Ausweitung dieser reaktionären Praxis in einer Zeit, wo alle möglichen Politiker von einer Liberalisierung der Gesinnungsprüfung reden.

Der Kollege Ermisch erklärte zu seinem Fall:

„Am 1.5. dieses Jahres wurde ich als Sozialarbeiter bei der Projektgruppe Sozialer Brennpunkt in Limburg angestellt. Die Projektgruppe hat einen eigenständigen Charakter. Offizieller Träger und Arbeitgeber ist der Caritasverband. Das Team dort besteht aus vier Sozialarbeitern- (innen), zwei Zivildienstleistenden und vier nebenamtlichen Mitarbeitern. Die Projektgruppe bemühte sich lange um meine Anstellung, über ein Jahr. Am 1. Mai wurde ich dann eingestellt.

Mein Aufgabengebiet sollte umfassen: 50 Prozent Gemeinwesenarbeit und 50 Prozent Kinderarbeit. Dazu kam es aber nie! Bei der Einstellung wurde ich vom Team u.a. auch über politische Organisationszugehörigkeit befragt! Verblüfft, aber offen, weil ich dachte, ich spreche zu Kollegen, erwähnte ich, daß ich der VOLKSFRONT angehöre. Daraufhin wurde sofort mein Aufgabengebiet umgestellt, und ich verschwand in der Kinder- und Jugendarbeit. Begründung: In der Gemeinwesenarbeit würde ich öffentlich für das Projekt auftreten und das wäre gefährlich, weil ich VOLKSFRONT-Mitglied bin.

Während der Bundestagswahl kam es dann wieder zu Auseinandersetzungen mit dem Projektleiter. Mir wurde zur Auflage gemacht, nicht öffentlich für die VOLKSFRONT aufzutreten. Es ging vor allem darum, daß ich nicht zum Bundestag und nicht auf unserer Landesliste kandidiere. Ich ging darauf ein, obwohl das ja meine persönliche Angelegenheit ist und schon einen erheblichen Einschnitt in meine Freiheitsrechte darstellte. Aber was sollte ich tun? Es kam ja noch viel härter.

Als zwei Tage vor der Wahl die Polizei bei mir eine Hausdurchsuchung machte, um verbotene Wahlplakate der VOLKSFRONT zu suchen, passierte folgendes: Drei Wochen später wurde ich fristgerecht am letzten Tag meiner Probezeit gekündigt! Das Allerschlimmste daran ist, daß nicht der Caritasverband diese Kündigung bewirkte, der wußte ja von nichts. Urheber war die Projektgruppe, also die eigenen Kollegen. Und zwar mit der Begründung: Falls der Caritasverband etwas erfahren würde, wäre eine eigenständige Arbeit des Projekts wahrscheinlich nicht mehr möglich.

Da braucht sich der Träger natürlich keine Gedanken mehr zu machen, wenn er so zuverlässige Handlanger hat, die ein Berufsverbot schon sozusagen im voraus aussprechen."

Zu den von ihm ergriffenen Gegenmaßnahmen schrieb uns Detlef: „Natürlich haben wir den Fall bei Kollegen und Bekannten erzählt und sind auch auf Empörung gestoßen, die wir durch eine Unterschriftensammlung auffangen werden.

Am 25.11. haben wir die nächste Sitzung unseres Nebenstellenvorstandes der ÖTV hier in Diez. Die Kollegen, die ich bis jetzt erreicht habe, haben mir Unterstützung zugesagt. Allerdings dürfen wir als Nebenstellenvorstand nicht eigenständig handeln. Wir brauchen grünes Licht des Kreisgeschäftsführers in Koblenz. Mit dem habe ich telefoniert. Seine Reaktion war, ich solle ihm eine Satzung der VOLKSFRONT schicken. Er müsse prüfen, ob ich nicht unter die Unvereinbarkeitsbeschlüsse fallen würde. Auch das habe ich den Kollegen hier mitgeteilt und gleich ein paar Satzungen der VOLKSFRONT verteilt. Die Kolegen haben diese Reaktion verurteilt. Das alles ist Thema der nächsten Sitzung.



Marburger Kollegen eines anderen Brennpunktes haben gemeinsam mit mir eine Solidaritätserklärung verfaßt, die an alle Sozialen Brennpunkte Hessens verschickt wurde. Die Marburger haben den Fall auch in der Landesarbeitsgemeinschaft der Sozialen Brennpunkte Hessens bekanntgemacht. Es findet in zwei Wochen ein Gespräch statt mit dem Vorsitzenden der LAG, den Marburgern als Absendern des Protestrundschreibens, mir und den Limburger „Kollegen". Weiterhin habe ich erreicht, daß die hiesige frischgebackene SPD-Bundestagsabgeordnete sich mit mir trifft zu einem Gespräch über meinen Fall. Auch die Jusos habe ich angesprochen."

Detlef Ermisch muß wieder eingestellt werden!

Weg mit allen Berufsverboten!

Unterstützt den Aufbau der VOLKSFRONT gegen Reaktion, Faschismus und Krieg!

Exilkroatische Faschisten:

Bomben auf jugoslawische Klubs

FURTWANGEN.— Exilkroatische Terroristen haben in der Nacht zum 4.11. in Furtwangen und Villingen-Schwenningen zwei Sprengstoffanschläge auf jugoslawische Einrichtungen verübt. Es entstand ein Sachschaden von mehreren tausend Mark.

Betroffen sind der jugoslawische Club „Plavi Jadran" („Blaue Adria") in Furtwangen und der „Klub gradjana", der in der ehemaligen Stadiongaststätte des SC Villingen seine abendlichen Versammlungen abhält. Auf die Räume des Villinger Clubs wurden bereits im April und Oktober 1979 zwei Anschläge verübt. In einem Fall entstand über 150000 Mark Sachschaden.

Die Anschläge wurden nur einen Monat nach der Verurteilung des 26jährigen Pe Pero Sekerko, einem der führenden Köpfe der exilkroatischen Faschisten, verübt. Sekerko war wegen versuchten Mordes, gefährlicher Körperverletzung und schwerer Brandstiftung, die er ebenfalls im Raum Schwarzwald-Baar verübt hatte, zu neun Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Dem Faschismus ausgeliefert

Dokument deutscher Rechtsbeugung

Im RM Nr. 45 berichteten wir unter dem Titel „Schreibtischtäter" über die Ablehnung des Asylgesuches zweier Türken mit dem zynischen Hinweis auf die „Ordnungsbemühungen" der faschistischen Junta. Inzwischen liegt uns die schriftliche Begründung im Kasseler Fall vor.

„Die Angriffe, denen der Antragsteller in seiner Heimat ausgesetzt sein will, sind nicht auf gegen den Antragsteller persönlich gerichtete Maßnahmen der in der Türkei ausgeübten staatlichen Gewalt zurückzuführen. In der vom Antragsteller behaupteten Bedrohung seiner Person könnte daher nur dann ein Verfolgungstatbestand im Sinne der Genfer Konvention gesehen werden, wenn der türkische Staat solche Übergriffe wissentlich dulden würde oder generell nicht in der Lage wäre, diese zu unterbinden.

Es ist jedoch bekannt, daß in der Türkei außerordentliche Anstrengungen unternommen werden, um solche Übergriffe zu verhindern und die Ruhe im Lande wiederherzustellen, worauf nicht zuletzt die Verhängung des Ausnahmezustandes hindeutet. Es wird nicht verkannt, daß die türkische Regierung bei der Durchsetzung dieses Zieles mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen hat und die Sicherheit jedes einzelnen Bürgers nicht immer zu garantieren vermag. Es kann jedoch nicht Aufgabe des Asylrechts sein, Schutz vor allgemeinen Folgen aus innenpolitischen Unruhen und ähnlichen Krisensituationen zu gewähren. (...)" (gez.: Maschke).

Herold-Interview

Die „gesellschaftssanitäre Aufgabe“ der Polizei

Das BKA plant den Faschismus

Horst Herold ist Chef des Bundeskriminalamtes (BKA). Seit 1971. Die Minister wechselten, Herold blieb. Der Fahndungs- und Krisenstabsspezialist, bewährt in Stammheim und Mogadischu, baute auf Weisung und mit Unterstützung des jeweiligen Innenministers eine der ausgefeiltesten und leistungsfähigsten Polizei-Computer-Zentralen der Welt auf.

In den letzten Wochen drangen die Überlegungen und Pläne, die der bundesdeutsche Oberpolizist mit diesem Apparat anstellt, an die Öffentlichkeit. Sie weisen Herold als eiskalt planenden und zu allem fähigen Reaktionär mit faschistischer Denkweise aus.

Nun ist es nicht das erste Mal, daß Herold öffentlich darüber nachdenkt, was man mit seinen Datenspeichern noch alles anstellen könnte. Bereits Anfang 1979 hatten seine Pläne zu Unmutsäußerungen bis in die Reihen der Bonner Politiker geführt. Aber es ist doch nachdenkenswert, daß er seine Pläne 1980 in einem Interview mit dem Journalisten Sebastian Cobler bekräftigte und weiter ausführte, und was er dabei genau sagte. Zusätzlich interessant wird es dadurch, daß Herold nach dem Interview, das lückenlos auf Tonband aufgenommen wurde, die Veröffentlichung im „Kursbuch 61“ verhindern ließ und die wesentlichen Passagen seiner Ausführungen nun doch lieber nicht an die Öffentlichkeit lassen wollte. Unnütze Mühe — die Zeitschrift „Transatlantik“ veröffentlichte die ursprüngliche Fassung in ihrer Ausgabe vom November 1980.

„Die Polizei der Zukunft wird eine andere, höherstufige, mit einer gesellschaftssanitären Aufgabe sein.“

Dieses schon etwas ältere Zitat ist das Motto, unter das man die Überlegungen des Herrn Herold stellen kann. Er ist mit der Rolle, die der ihm unterstellte Apparat im Moment spielt, nicht zufrieden. Die Politiker mit ihren vielfältigen Bedenken reden ihm zuviel hinein: „Da ist doch das Bild von der Polizei, dieser fast neurotische, zwanghafte Gedanke, der in Publikationen ununterbrochen ausgesprochen wird: die Polizei bedürfe der Zügelung, müsse noch mehr stranguliert werden, noch mehr nur Instrument sein — **ein geradezu irrsinniger Prozeß.**“ Besonders stört ihn also, daß die Machenschaften der Polizei, der in den letzten Jahren eskalierte Terror gegen die Bevölkerung, die Bürgerkriegsübungen im Rahmen der "Terroristenfahndung" usw. auf scharfe Proteste in der Öffentlichkeit gestoßen sind.

Herold sieht die Polizei als treibendes, zentrales Element für die Aufrechterhaltung der Ordnung, den Schutz der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse. Seine ganze Hoffnung setzt er auf die moderne Computertechnik, die elektronische Datenerfassung, deren rücksichtslose Ausnutzung zur Erfassung aller gesellschaftlichen Bereiche und aller Bereiche des Privatlebens jedes einzelnen Menschen er fordert. Auf dieser Grundlage will er das ganze Rechtswesen in der Bundesrepublik umstrukturieren.

DAS ELEKTRONISCHE SCHLEPPNETZ

Vereinfachte Darstellung der Polizei-Informationsströme in der Bundesrepublik; (der Zugang zu Inpol ist jeweils auf Teilbestände der gespeicherten Daten beschränkt)

BKA Bundeskriminalamt
LKA Landeskriminalämter
INPOL Informationssystem der Polizei; mit den Datensammlungen:
für Sofortauskünfte
ZPI Zentraler Personen-Index – Personalien? Gesucht? In Haft? Wo Erkennungsdienst Akten? Wo Akten?
Fahndung – Personen gesucht? Sachen (z. B. Kfz, Waffen) gesucht?
Haft – Wo in Haft? Haftanstalt? Haftentlassung?
für Recherchen zur Sachbearbeitung
Daktyloskopie – Zu welcher Person gehören die Tatort-Spuren? Ist eine Person aufgrund der Fingerabdrücke zu identifizieren?
SSD Straftaten-/Straftäterdatei – Straftat? Tatzeit? Tatort? Tatumstände? Tatmittel? Wie sieht der Täter aus? Welche Straftaten hat er bereits verübt?
Dokumentation – Wo sind Gutachten, Literatur, Urteile zu finden? Welche Inhalte?
PIOS Personen, Institutionen, Objekte, Sachen – Daten zu einheitlichen Komplexen: Terrorismus und Rauschgifthandel
BGS Bundesgrenzschutz
Zollkriminalinstitut
Finanzfahndung
BfV Bundesamt für Verfassungsschutz
durch
NADIS Nachrichtendienstliches Informationssystem
verbunden mit
LfV Landesämter für Verfassungsschutz
MAD Militärischer Abschirmdienst
BND Bundesnachrichtendienst
Polizeireviere
Streifenwagen
Kriminalpolizei
Flughäfen
Staatsanwaltschaften
Justizdienststellen
Bahnpolizei
Verwaltung
Wissenschaft
Polizeischulen
Verwaltungsinformationen
KBA Kraftfahrt-Bundesamt – Kfz-Daten? Halter-Daten? Verkehrsregister?
AZR Ausländer-Zentral-Register – Ausländer-Wohnsitze? Verfügungen gegen Ausländer?
BZR Bundes-Zentral-Register – Vorstrafen? (unbeschränkte Auskünfte)
Meldewesen – Personalien? Wohnsitze? Personalpapiere?
DER SPIEGEL

So sieht es heute schon aus!

Das BKA als „Kulturträger“

„Wir haben den Anspruch, die Kriminaltechnik zu einem Instrument der Verobjektivierung des Strafverfahrens zu entwickeln; das heißt, es zu so hoher wissenschaftlicher Perfektion und Güte auszugestalten, daß wir den Zeugen überflüssig machen, weil der Zeuge ein absolut untaugliches Beweismittel ist (...). Ich meine, daß wir im Bereich der Kriminaltechnik eine partielle Verwirklichung eines kulturellen Anspruchs möglich machen können, daß wir hier den gesellschaftlichen Auftrag erfüllen, zur Verobjektivierung beizutragen. Denn je mehr Technik wir haben, um so transparenter kann man es doch machen. **Ich erstrebe einen Strafprozeß, der — lassen Sie es mich mal ganz extrem ausdrücken — frei ist von Zeugen und Sachverständigen. Der sich ausschließlich gründet auf dem wissenschaftlich nachprüfbaren, meßbaren Sachbeweis. Nach meiner Theorie wäre, so schrecklich das klingt, auch der Richter entbehrlich.**“

Eine Kulturaufgabe also. Das BKA auch noch als oberster Kulturträger der Nation. Und wie menschlich das Empfinden Herolds ist, macht die folgende Ausführung deutlich: „Ich meine auch, daß viel von dem, was amnesty international rügt der Einfluß von Folter und Quälereien, Erpressung von Geständnissen usw. bei der Führung von Prozessen nicht nur zurückgeht auf den Willen zu quälen, **sondern auf die Unfähigkeit, auf andere Weise sich in den Besitz der Wahrheit zu setzen.** Je mehr doch der Prozeß der Wahrheitsfindung objektiviert und wissenschaftlich nachvollziehbar gestaltet wird, um so mehr drängt er Folter und Grausamkeit zurück, stellt er vor dem Hintergrund jedes Verfahrens die Unhaltbarkeit dieser Mittel bloß.“

Wie rückschrittlich, ungebildet, geradezu bemitleidenswert dumm sind also die Folterknechte eines Pinochets, was waren Hitlers Gestapo gegen Herolds Kripo! Gebt der Polizei die Befugnis, alle Mittel der Technik auszuschöpfen, und die Grausamkeit wird aus den Verfahren verschwinden. Wer das nicht will, der zwingt die Polizeiorgane geradezu zur Anwendung von Erpressungen und der Folter — denn „in den Besitz der Wahrheit“ muß sie sich schließlich irgendwie setzen. Gleichzeitig kann man viel Geld durch die Verkürzung der Verfahren, durch den Verzicht auf Richter und Zeugen einsparen. Die Polizei verfolgt, verhaftet, überführt und legt ein wissenschaftlich hieb- und stichfestes Urteil vor — der Rest ist Sache des Strafvollzugs.

Das BKA, das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV), der Militärische Abschirmdienst (MAD), der Bundesnachrichtendienst (BND) haben heute ein Datenspeicherverbundsystem aufgebaut, das seinesgleichen nur in den USA hat. Niemand schützt den Bürger davor, daß diese Daten alle zusammenfließen und so ein lückenloses Bild über das Individuum geben, es dem Staat total ausliefern. „Die Schotten sind nicht mehr dicht zwischen den Informationssegmenten. Die ‚Amtshilfe‘, zu der laut Grundgesetz-Artikel 35 alle ‚Behörden des Bundes und der Länder‘ verpflichtet sind, zeitigt im EDV-Zeitalter völlig neuartige Gefährdungen: Computerisierung und Rationalisierung der Bürokratie, Magnetbandaustausch und On-line-Zugriff auf fremde Datenbestände lassen es möglich erscheinen, daß eines Tages jedes Amt alles über jeden weiß.“ („Der Spiegel“, Nr. 24/1979, S. 54.)

Hier will Herold nun weitergehen.

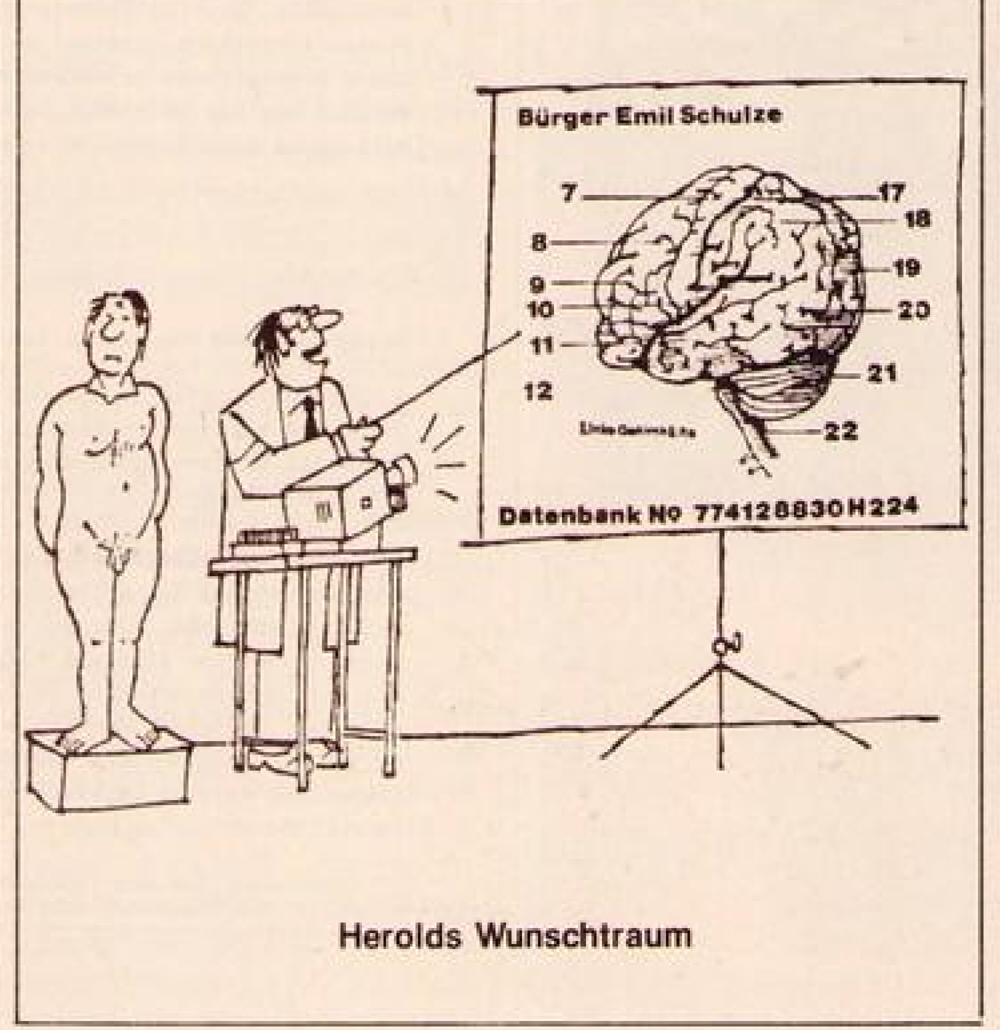
„Wir müssen zunächst einmal die gewaltige Datenmenge, die die Polizei ja hat, durchdringen und mehrdimensional verknüpfen können. Die heutige Technik würde das bewältigen. **Wenn die Datenneurose nicht wäre, wäre das eine einfache Sache (...).** Daß man dieses Wissen nicht ausschöpfen und verbinden kann zu einem Gemälde der Gesellschaft! Dies würde doch die Möglichkeit einer Therapie eröffnen. Oder anders gesagt: **Was ich anstrebe, ist, die Polizei als gesellschaftssanitäres Diagnoseinstrument (...).**

Stellen Sie sich mal vor, was uns da zuwachsen würde: Auf Knopfdruck kann ich Zusammenhänge feststellen — wie zwischen Fingerabdruck und Vererbung, Körpergröße und Verbrechen (...). **Ich kann ständig wie ein Arzt — deshalb das Wort gesellschaftssanitär — den Puls der Gesellschaft fühlen und mit Hilfe rationaler Einsichten unser Rechtssystem dynamisch halten.**“

„Effektive Therapie“

Wenn man sich dann noch Herolds Überlegungen zur Therapie bei „kranken Elementen“, die ihm in die Hände fallen, ansieht, kann einem vollends das Grausen kommen. Ein Beispiel ist seine Antwort auf die Frage Coblers, wie er zu den „Hochsicherheitstrakten“ wie in Stammheim, zur Isolations- und Vernichtungshaft steht. „Ich halte das mit den Trakten für einen Blödsinn. Als jemand, der auf Effizienz ‚getrimmt‘ ist, muß ich sagen: Es ist ein so ineffizienter Akt, daß ich ihn nur als Blödsinn bezeichnen kann. Aber ich weiß aus meinem beruflichen Kreis, daß die Gefährlichkeit der Leute anhält, daß ihre ideologische Aufladung weiterreicht, daß sie ungebrochen sind — was bleibt uns anderes übrig? Was sollen wir denn tun?“ Herold ist also im Prinzip gegen die Isoliertrakte — aber warum? Weil sie „ineffizient“ sind! Weil man einen solchen Aufwand betreiben muß, nur um Menschen zu verstauen! Was aber ist die „effektivere“ Lösung? Er spricht es nicht aus. Aber muß man nicht in diesem Zusammenhang an den Tod von Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe in Stammheim denken, die nun keine Belastung für den Strafvollzug mehr darstellen?

Es wurde schon erwähnt, daß Herolds Vorstellungen vom totalen Polizeistaat auf Kritik sogar in den Reihen bürgerlicher Politiker gestoßen ist. Selbst Innenminister Baum, Herolds Dienstherr, will sich nicht öffentlich mit ihm identifizieren. Der „Liberale“ möchte gern freiheitlich erscheinen. Aber Herold weißt zu Recht darauf hin, daß alle wesentlichen Entscheidungen zum Aufbau der Computerzentren, zur Überwachung der Bürger in Bonn getroffen wurden. Was die „Liberalität“ angeht, kontert er: „Die Verbindung zwischen den Nachrichtendiensten und dem BKA hat man mir durch Befehle auf-oktroyiert (aufgedrängt, Red.) — alle Minister übrigens, auch in Phasen vorgegebener Liberalität. **Da ist halt ein Widerspruch zwischen vorgegebenem Handeln und tatsächlichem Tun.**“ Und: „...in der öffentlichen Diskussion erscheint es so, als müßten die verschütteten Bürgerrechte wieder freigeschaufelt werden. Und das ist eine Denunziation (...). Wenn lieberal bedeuten soll, daß uns die Forschung in der Datenmenge unmöglich gemacht wird, dann muß ich sagen, da wird im Endergebnis eigentlich das Gegenteil dessen bewirkt, was Liberalität bedeutet; denn eine solche Wissensunterdrückung, ein solch antiaufklärerisches Verhalten, ist im tiefsten Grunde illiberal.“



Herolds Wunschtraum

Wenn Baum angeblich so gegen Herold ist, warum bleibt Herold im Amt? Äußerst fadenscheinig ist die Begründung, Herold sei „als Polizeivollzugsbeamter nicht absetzbar“. Ist so der liberale Staat wehrlos einem faschistischen Polizisten ausgeliefert? — Wenn es um die Entfernung kommunistisch oder einfach entschieden demokratisch denkender Menschen aus dem öffentlichen Dienst ging, hat man noch immer Mittel und Wege gefunden...

Nein, es ist anders. Herolds Überlegungen haben eine reale Bedeutung für die Herrschenden in unserem Land, sie haben eine Grundlage, die ihre Verwirklichung ganz unabhängig von der Person Herolds notwendig erscheinen läßt. Denn der Oberterroristenjäger ist keineswegs so blind, nur vereinzelte „politische Gewalttäter“ zu sehen.

Krisenmanagement à la Herold

„Ich meine, daß alle Erscheinungen ihre objektiven Ursachen haben, ihre objektiven Gesetzmäßigkeiten, und daß wir Terrorismus auch unabhängig von der Person seiner Träger hätten (...). **Terrorismus war und ist immer ein Indiz für das Herannahen gesellschaftlicher Umstrukturierungen vom Ausmaß eines Bebens (...). Wir müssen mit Situationen kalkulieren, die mir nicht für immer ausgeschlossen scheinen: wirtschaftlich-ökonomische Krisen etwa, depressive Prozesse, in denen die schmale Zuwachsrate von 2 Prozent sich auf null minimalisiert, was sich dann schlagartig im Bewußtsein der Bevölkerung niederschlagen kann. Staatsverdrossenheit, Autoritätsverfall, Loyalitätskrisen, Erschütterung der staatlichen Organe, Umwertung der Traditionen, die die Staatsapparate in aller Welt tragen: Pflichtgefühl, Gehorsam, Disziplin, Verschwiegenheit, Geheimnis Leistung — all dies ist längst in einem Umformungsprozeß begriffen (...).**“

Dies ist das grundlegende Ergebnis Heroldscher Diagnostik. Hier liegt der Hase im Pfeffer. Der allwissende Polizeistaat als die Gewalt die den revolutionären Umsturz der Gesellschaft verhindern kann, wenn die Massen aufgrund der Krise — die sich heute genau in der von Herold beschriebenen Weise entwickelt — dem Staat den „Gehorsam“ verweigern. Das macht Herolds Pläne für die Herrschenden wichtig, und sie werden sich im Ernstfall aller ihnen zur Verfügung stehenden Machtmittel bedienen. Darüber darf man sich keine Illusionen machen. Zu welcher Brutalität die herrschende Klasse fähig ist, haben uns die Krupp, Thyssen und Co. mit der Hitler-Diktatur bereits bewiesen. Heute sind sie nicht weniger brutal, nur sind ihre Mittel noch ausgefeilter geworden. Deshalb müssen wir wachsam sein! Herolds Pläne gehören zu den Überlegungen der Kapitalisten zur Aufrichtung einer faschistischen Diktatur. Der Regensburger Rechtswissenschaftler Professor Wilhelm Steinmüller, langjähriger Datenschutzgutachter der Bundesregierung, beschrieb die Situation so: **„Hätten wir morgen einen faschistischen Schwenk, so wären heute alle wesentlichen rechtlichen und technischen Grundlagen angelegt, und das Ganze in relativ kurzer Zeit als ein einziges gigantisches, aber unsichtbares Kontrollnetz zu mißbrauchen.“**

Den Widerstand organisieren!

In ihrem Aktionsprogramm ruft unsere Partei alle Demokraten zum gemeinsamen Kampf gegen den Überwachungsstaat auf, **für die Aufhebung aller Gesetze und das Verbot aller Praktiken, durch die die Unverletzlichkeit der Person und der Wohnung, das Brief- und Fernmeldegeheimnis sowie das Recht auf Freizügigkeit eingeschränkt oder aufgehoben werden,** und für die Vernichtung der Datenbänke.

Herolds Konzept, die Maßnahmen, die heute vom Staat zur Vervollkommnung der Überwachung getroffen werden — etwa mit dem neuen computerlesbaren Personalausweis, der im nächsten Jahr eingeführt wird —, die immer wieder auftretende Datenmißbräuche wie etwa die Erfassung aller Telefonanrufe ab der sechzehnten Gebühreneinheit, die in den letzten Tagen bekannt wurde — das alles beweist, daß die Gefahr des Faschismus vom Staatsapparat selbst ausgeht. Und Herold rühmt sich seines guten Einverständnisses mit Bundeskanzler Schmidt aus gemeinsamen Krisenstabstagen!

Herold sieht den Staat und sich selbst momentan besonders von kritischen Intellektuellen angegriffen. „Aber“, so sagt er, „das kann sich ändern“ — wenn nämlich das heute „schlafende Proletariat“ aufwacht! **Nehmen wir die Warnung ernst! Organisieren wir den Kampf gegen die Verschärfung der staatlichen Überwachung und der Repression, gegen Reaktion und Faschismus!**

Dietrich Lohse

Dokumente beweisen:

SS-Mann Asche ist ein Mörder

Volkskorrespondenz aus Kiel

Die Vorbereitungen der Kieler Antifaschisten laufen weiter auf Hochtouren, um den Prozeß gegen SS-Obersturmführer Kurt Asche bekannt zu machen und dem Gericht zu zeigen, daß die antifaschistische Öffentlichkeit die unnachsichtige Bestrafung dieses Massenmörders fordert.

Inwischen erhielten wir — der Kieler „Arbeitskreis Asche-Prozeß" — die versprochenen Materialien von der Beate-Klarsfeld-Foundation, das Buch „Die Endlösung der Judenfrage in Belgien". In zahlreichen Dokumenten der Nazis, in Aussagen Betroffener aus der Zeit der NS-Herrschaft und vor den Gerichten nach Kriegsende wird das ganze Ausmaß der systematisch betriebenen Evakuierung und Vernichtung Zigtausender Juden aus den von der Hitlerwehrmacht besetzten Gebieten deutlich. Es fällt schwer, diese Dokumente zu kommentieren, denn es schnürt einem die Kehle zu beim Lesen ...

Ich schicke euch Fotokopien der Dokumente mit, damit ihr sie auswerten und für weitere Berichte verwenden könnt. Einige Schriftstücke, die Asche betreffen, habe ich angestrichen.

In einem in der Zeitung „Unser Kampf" 1943 veröffentlichten Beitrag mit dem Titel „Das polnische Unheil", herausgegeben vom „Komitee zur Verteidigung der Juden" in Charleroi, heißt es im Anschluß an die eindringliche Schilderung der Vernichtungsmaßnahmen in Auschwitz:

„Wir müssen stark und fest sein: wir haben eine heilige Pflicht zu erfüllen: uns an den Mördern zu rächen, die unsere Brüder und Schwestern erwürgen! Wir müssen den letzten Wunsch aller Verbrannten und Ermordeten erfüllen: Wer am Leben bleibt, hat nur einen Auftrag — sie zu rächen! Dieses Vermächtnis unserer Märtyrer muß unsere Herzen erfüllen! Diesem Ziel müssen wir unser ganzes Leben weihen; wir dürfen uns keine Ruhe gönnen, bevor nicht der letzte dieser blutrünstigen Mörder vernichtet ist! ... Jeder von uns muß sofort den Kampf aufnehmen! Jeder von uns muß diesem Kampf alles opfern!

Wir Juden haben nichts zu verlieren! Es ist besser an Ort und Stelle zu kämpfen, hier zu kämpfen, mit der Waffe in der Hand, anstatt bei irgendeiner Razzia ergriffen und nach Auschwitz verschleppt zu werden!"

Wer die Grauen von Auschwitz kennt, kann diesen Aufruf verstehen ...

Eine Verurteilung von Asche und auch von Canaris, der sich bis jetzt der Verhandlung durch Krankschreiben entzogen hat, mit der härtesten Strafe des westdeutschen Strafrechts ist nur ein Vollzug der Gerechtigkeit. Wenn das Gericht dieser Verpflichtung nicht nachkommt, wäre das eine Verhöhnung der Toten von Auschwitz und ein Schlag gegen die Ehre unseres, des deutschen Volkes. Wir als deutsche Antifaschisten sind uns unserer Verpflichtung bewußt, und wir wissen auch, wie wenig die bundesdeutschen Gerichte sich bisher darum geschert haben. Darum werden wir ihm unübersehbar vor Augen führen, daß seine Entscheidung von der Bevölkerung aufmerksam verfolgt wird. Wir fordern: Lebenslänglich für Asche und Canaris!

Der Schweigemarsch der belgischen Juden in Kiel beginnt übrigens um 9 Uhr vor dem Kieler Rathaus und führt zum Gericht. Nach dem Ende der Verhandlung an diesem ersten Tag formiert sich der Zug wieder und führt zurück zum Rathausplatz.

Termin-änderung!

Aufruf

Am 20. Dezember:

Heraus zur Demonstration gegen die faschistische türkische Junta!

Am 20. Dezember findet in Köln eine zentrale Demonstration zahlreicher Organisationen aus der Türkei gegen die faschistische Diktatur der Evren-Junta statt. Der „Rote Morgen" ruft alle seine Leser auf, sich daran zu beteiligen!

Dokumente

A b s c h r i f t

Der Beauftragte des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD für den Bereich des Militärbefehlshabers in Belgien und Nordfrankreich, Brüssel
- II C -

Brüssel, den 1.8.42

An das
Wehrmachtuntersuchungsgefängnis
- Standortarrestanstalt -

B r ü s s e l - St. Gilles.

Betr.: Dort einsitzende Juden.
Vorg.: Festnahmeanzeigen vom 25.7.42

Ich bitte, die dort einsitzenden nachstehend aufgeführten Juden zu entlassen und dem Transporteur - Kriminal-Sekretär Frank - zu übergeben.

1. F r e u n d , Sara, geb. 14.11.11 in Aschaffenburg, wohnhaft in Amsterdam,
2. S a l o m o n s , Janny, geb.28.11.22 in Frankfurt a/M., wohnhaft in Amelo/Holl.
3. R e i s s , Herta, Paula, geb.11.11.99 in Berlin, wohnhaft,in Amsterdam,
4. H o r o w i t z , Maximilian, geb.4.6.18 in Tarnopol, wohnhaft in Brüssel,
5. B i r k e n f e l d , Honnl. geb. 15.1.15 in Lublinitz, wohnhaft in Brüssel,
6. M i c h a l o w i t z , Abraham, geb.16.6.99 in Lodz, wohnhaft in Antwerpen,
7. S c h w a r z , Joseph, geb. 1.6.20 in Krefeld, wohnhaft in Brüssel,
8. R e i s s , Leiba, geb. 2.7.95 in Grabonitz, wohnhaft,in Amsterdam,
9. G o l d e n b l a t , Lasar, geb.22.11.94 in Cherson, wohnhaft, in Amsterdam,
10. R e i s s , Manfred, geb. 12.12.25 in Berlin wohnhaft in Amsterdam.

gez. Unterschrift
SS-Obersturmführer.

+ Dieses Dokument, in dem Asche, einziger SS-Obersturmführer in der Abt. II C (s. Dokument vom 7.5.1942), fordert, man liefere ihm 10 Juden, befindet sich in den Archiven des Ministeriums für öffentliche Gesundheit und Familie (Dossier SCHWARZ Joseph). Alle Personen auf dieser Liste, mit Ausnahme Nr. 4 Herr Horowitz, sind mit dem Transport Nr. II vom 11. August 1942 deportiert worden. (Die Liste dieses Transportes und aller anderer befinden sich in den gleichen Archiven.) Keine dieser Personen ist aus Auschwitz zurückgekehrt.

Maurice Benedictus (Präsident der Vereinigung der Juden in Belgien, der Ende Dezember 1942 aus Belgien geflohen ist) hat in Lissabon mit Datum vom 18.2.1943 einen "geschichtlichen Verlauf des jüdischen Problems in Belgien vom 10.5. 1940 bis zum 31. 12.1942" abgefaßt und einen "zusammengefaßten Bericht über einige Deutsche, die eine Rolle gespielt haben im jüdischen Drama in Belgien".

Diese Dokumente sind erstellt worden auf Anfrage von Herrn Boffonds von der Auskunftsabteilung der belgischen Gesandtschaft in Lissabon und der belgischen Regierung in London übermittelt worden.

...Asche: Obersturmführer-SS, Chef der Judenabteilung für Belgien, Abteilung II C in der Avenue Loise in Brüssel. Ehemaliger Drogerieangestellter, Mitglied der NSDAP seit 1937, rühmt sich, die große Synagoge von Berlin mit Dynamit gesprengt zu haben. Überzeugter Antisemit, kennt sehr gut die jüdischen religiösen Gebräuche, labiler Charakter, launenhaft, grob kaltherzig verletzend, sadistisch Trinker. Dieses Individuum verdient es, sich vor einem internationalen Strafgericht verantworten zu müssen. Bevor er nach Belgien kam hat er einige Zeit in Polen verbracht.
Fall eines Nazi-Kriminellen par excellence.

Kriegstagebuch von Samuel Van Den Berg - 16. 4. 1943

...Wir verbrachten in der Tat von neuem ziemlich traurige Tage. Man hat uns gestern angekündigt, daß ein neuer Judentransport Malines am Sonntag oder Montag verlassen wird. Sie haben ausgerechnet [illegible]

Wir haben uns eingesetzt, damit man wenigstens die Kinder ohne Eltern und die Alten hierläßt. Das Ministerium schaltet sich auch ein, aber wir warten auf die Entscheidung von Herrn Asche, der sich mit diesem Transport befaßt an Stelle des beurlaubten Erdmann. Es ist nichts Gutes von diesem zu erwarten, der die Juden roh essen würde. Hoffen wir, daß er, er und die anderen, das Schicksal haben werden, daß sie verdienen und so, wie es die Pharaonen zu ihrem Schaden erfahren haben...

+ Übersetzung aus dem Französischen ins Deutsche
Archiv des Ministeriums für öffentliche Gesundheit...



Proteste gegen die Rodung der Waldgebiete für die Startbahn.

40 000 gegen Startbahn West

Volkskorrespondenz aus Frankfurt

Liebe Redaktion!

Im letzten RM habt ihr eine kurze Mitteilung über die Demonstration der 14 000 gegen die geplante Startbahn West des Frankfurter Flughafens gemacht.

Der dortige Protest verdient bundesweite Beachtung. Über 40 000 Menschen haben sich durch ihre Unterschrift gegen die Startbahn ausgesprochen, Tausende in eine Alarmliste eingetragen. Sie blieben auch nach der juristischen Absegnung des Projektes bei ihrem Nein. Parteienvertreter und Bürger machten eine Hungerstreikkette. Ein erster Rodungsversuch war am 21.10.80 von den Besetzern der Schutzhütte zusammen mit 500 Menschen verhindert worden. Durch Autokonvois wurde zeitweise der Verkehr am Flughafen lahmgelegt.

In der Nacht zum 28. 10. der zweite Versuch der Flughafen AG (FAG). Die Kirchenglocken läuteten Alarm und 3 000 Menschen besetzten die Nacht hindurch den Wald. Am nächsten Tag, als die meisten von ihnen bei der Arbeit waren, gelang es einem gewaltigen Polizeiaufgebot, das Waldgelände, das schon der FAG gehört, mit Notodraht abzuriegeln und die Rodung der ersten sieben Hektar zu beginnen. Zur Zeit läuft ein Enteignungsverfahren über die restlichen 486 Hektar, das durch vorläufige Inbesitznahmeverfahren beschleunigt werden kann.

Die Bürgerinitiative und die Parteienaktionsgemeinschaft (bestehend aus CDU, SPD, DKP) beschlossen, den Kampf fortzusetzen. Jung und Alt sind in diesem Kampf vereint, entschlossen, jeden der über 3 Millionen Bäume zu verteidigen. Einige besetzte Bäume konnte lange gehalten werden, allerdings war noch keine Ablösung organisiert, so daß sie schließlich auch fielen.

Inzwischen hängen am Zaun Schilder wie „Demarkationslinie", „Mauer", „Hier endet der demokratische Sektor". An der Hütte brachte ein VOLKSFRONT-Mitglied ein Transparent mit einem Zitat von Brecht an: „Wenn wir niedergerungen werden,/Dann wegen unserer Milde(...) Bürger, wann lernen wir/Endlich vom Feind". Der Kampf wird noch lange weitergehen. Mandatsträger von CDU, SPD und DKP haben ihre Mandate aus Protest niedergelegt. Zu den Kommunalwahlen werden eigene Anti-Startbahn-Listen ins Auge gefaßt.

Worte, die von alten Leuten am Zaun fielen, waren: „Unter Hitler haben wir geschwiegen, jetzt seid ihr (Polizei) still."

Die ausdrückliche Gewaltfreiheit aller bisherigen Protestaktionen hat die Polizei nicht von ihrer Gewalt abgehalten — so wurde einer SPD-Stadträtin (um die 50 Jahre) beim „Wegtransport" vom Boden Rippen gebrochen, und Chemical Mace am Zaun eingesetzt.

Ein wichtiges Argument gegen die neue Startbahn ist auch die Existenz der US Air-Base, die direkt neben dem Zivilflughafen liegt. Die US Air-Base muß da weg, dann könnte es ja eine echte Kapazitätserweiterung geben!

Solidarische Grüße von einem Startbahngegner.

Berichtigung

Nicht in Rüsselsheim — wie im letzten „Roten Morgen" irrtümlich berichtet —, sondern in Walldorf-Möhrfelden haben die Mitglieder der SPD-Stadtverordnetenfraktion aus Protest gegen den geplanten Flughafenausbau ihr Mandat niedergelegt.

Zum 80. Geburtstag von Anna Seghers

Die Wirklichkeit bewußtmachen

„Die Kunst gehört dem Volke. Sie muß die tiefsten Wurzeln in dem breiten schaffenden Massen haben. Sie muß von den Massen verstanden und geliebt werden. Sie muß sie in ihrem Fühlen, Denken und Wollen verbinden und emporheben."

Die Schriftstellerin Anna Seghers wurde am 19. November 1900 in Mainz geboren. Sie kommt aus einer wohlhabenden, kunstverständigen Familie und fand als Studentin den Weg zum Kommunismus. Im Jahr ihres Parteibeitritts, 1928, erschien ihre erste größere Erzählung, **„Der Aufstand der Fischer von St. Barbara."**

Buchtitel von John Heartfield

Es ist der Bericht über das Scheitern der Hungerrevolte eines kleinen Fischerortes gegen die Reeder und das von ihnen eingesetzte Militär. Im ersten Absatz ihrer Erzählung schon teilt die Autorin dies Scheitern mit. Der gleiche Absatz jedoch schließt mit den Worten: „Aber längst, nachdem die Soldaten zurückgezogen, die Fischer auf der See waren, saß der Aufstand noch auf dem leeren, weißen, sommerlich kahlen Marktplatz und dachte ruhig an die Seinigen, die er geboren, aufgezogen, gepflegt und behütet hatte für das, was für sie am besten war."

Die Niederlage ist nicht endgültig, sie birgt vielmehr den Keim neuer Kämpfe und künftiger Siege in sich. Damit hat Anna Seghers bereits hier ein Grundmotiv angeschlagen, das sich durch ihr weiteres Werk ziehen wird. Nicht im Sinne einfacher Wiederholung, sondern auf einer immer höheren Stufe des Durchdringens und dichterischen Gestaltens der Gesetzmäßigkeiten des Klassenkampfes.

Zum geschichtlichen Fixpunkt dabei wird die blutigste Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung — der Sieg des Faschismus, die Errichtung der offenterroristischen Diktatur des Monopolkapitals. Wie unzählige andere Antifaschisten, so wird auch Anna Seghers im Jahr 1933 eingekerkert. Es gelingt ihr jedoch, freizukommen und nach Frankreich zu fliehen. Noch im gleichen Jahr vollendet sie ihren Roman „Der Kopflohn", ein Pionierwerk in zweierlei Hinsicht.

Zum einen deshalb, weil Anna Seghers sich hier einem Gegenstand zuwendet, der von der revolutionären Literatur (und lange Zeit auch von der Parteiarbeit der KPD) weitgehend vernachlässigt worden war: dem Dorf nämlich. Ein Pionierwerk aber auch in der Behandlung dieses Gegenstandes. Mit einem erstaunlichen Einfühlungsvermögen entfaltet die Autorin das Bild eines Dorfes in den Jahren der großen Krise, wobei sie vor allem der Frage nachgeht, wie sich der Faschismus unter kleinbürgerlich-bäuerlichen Schichten eine Massenbasis schaffen konnte.

Einige Jahre später nimmt Anna Seghers das Thema der Krise in ihrem ersten Arbeiterroman, **„Die Rettung"**, wieder auf. Sieben Bergleute werden bei einem Grubenunglück verschüttet. In dieser Situation unmittelbarer Lebensgefahr bewährt sich die proletarische Solidarität der Eingeschlossenen, es bewährt sich vor allem der Arbeiter Bentsch, dessen umsichtigem und entschlossenem Verhalten nicht zuletzt die Rettung zu verdanken ist.

Nach der Befreiung der Verschütteten aber wird die Zeche, wie so viele in den Jahren der großen Krise, geschlossen. Es beginnt für die Kumpels — was den eigentlichen Gegenstand des Romans ausmacht — die zähe Monotonie der Arbeitslosigkeit. Anna Seghers geht nicht nur deren wirtschaftlichen Folgen nach; sie zeigt vor allem die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf die Beziehungen zwischen den Menschen — etwa, wie die während des Unglücks hergestellte Solidarität ständig in Gefahr ist zu zerbrechen. Gerade Bentsch, der Held des Romans, kann sich — obwohl mit den Eigenschaften eines Arbeiterführers —, nicht auf die neue Situation einstellen, da es ihm an letzter Bewußtheit mangelt.

Auch angesichts des bedrohlichen Vormarsches der Faschisten kann er sich nicht zur politischen Aktion durchringen und muß erst einen langen Prozeß der Bewußtwerdung durchlaufen, bevor er aktiv an die Seite der Antifaschisten tritt.

Zwischen der Arbeit an den beiden hier erwähnten Romanen hat sich Anna Seghers erneut dem Thema des Aufstands zugewandt. **„Der Weg durch den Februar"** behandelt jedoch — anders als die Erzählung über die Fischer von St. Barbara — ein reales geschichtliches Ereignis: den Aufstand der österreichischen Arbeiter im Jahr 1934 gegen das faschistische Dollfuß-Regime. In anrührenden, packenden Szenen gestaltet die Autorin den Heroismus des kämpfenden Proletariats. Sie entfaltet in der Darstellung ihrer Figuren den Widerspruch zwischen der revolutionären Grundhaltung der Kämpfenden und der reformistischen Ideologie, in der die meisten von ihnen als Angehörige der sozialdemokratischen Partei noch befangen sind. Selten sind in der deutschen sozialistischen Literatur die Probleme der proletarischen Einheitsfront so präzis auf den Begriff gebracht worden wie in diesem Roman. Insofern ist der „Weg durch den Februar", trotz seines österreichischen Themas auch ein Beitrag zu den zentralen Fragen des Klassenkampfes in Deutschland.

Die oben erwähnte Dialektik von Niederlage und Sieg wird auch in diesem Roman aufgenommen und nicht nur auf das Scheitern des Februaraufstandes in Österreich, sondern auf die geschichtlichen Erfahrungen der Arbeiterklasse überhaupt bezogen. So sagt der junge Revolutionär Fritz über die russische Revolution von 1905: *„Es hat ihnen auch nichts genützt, ihr Streik, weil die Soldaten sie alle gleich in den Schnee zusammengeschossen haben; aber denen ihr Lenin hat später gesagt, daß er doch was Rechtes war, ihr Streik, weil so lange vorher nichts war, und nachher, nach dem Streik, doch etwas angefangen hat."* Das ist nicht nur gegen jene gerichtet, die angesichts der Niederlage in Österreich ein „Man hätte nicht zu den Waffen greifen dürfen" anstimmen, so wie es Plechanow nach der gescheiterten Revolution von 1905 getan hat.

Anna Seghers gibt hier ihrer tiefen, in der kommunistischen Weltanschauung wurzelnden Überzeugung Ausdruck, daß auch der Sieg des Faschismus nicht endgültig ist, daß „doch etwas anfangen" wird. Von dieser Überzeugung sind all ihre Exilromane durchdrungen. Bemerkenswert aber ist, daß solch fester Glaube an kommende Siege keineswegs einer aufgesetzten Heroisierung der Arbeiterklasse entspringt.

Gerade Anna Seghers hat nie die Illusion vieler Antifaschisten über einen raschen Zusammenbruch der Hitler-Diktatur geteilt. Schon im „Kopflohn" hat sie aufgedeckt, warum die faschistische Ideologie tatsächlich Einzug in die Köpfe kleinbürgerlicher Massen halten konnte. Die „Rettung" zeigt, daß die Verschärfung der kapitalistischen Krise nicht mechanisch richtiges Bewußtsein bei den Arbeitern produziert, daß vielmehr die Arbeitslosigkeit auch zerstörerische, demoralisierende Wirkungen haben und somit Anfälligkeit gegen bürgerliche Ideologien erzeugen kann. Der „Weg durch den Februar" schließlich, in seiner tiefen realistischen Darstellung des Reformismus, räumt mit dem Wunschdenken auf, der Verrat der Sozialdemokratie an der Arbeiterklasse (und sei es auch ein so furchtbarer Verrat wie 1933 in Deutschland und 1934 in Österreich) werde von selbst den Reformismus erledigen und die proletarischen Massen an die Seite der Kommunisten treiben.

Um kommende Siege zu sichern, bedarf es vielmehr einer am Denken, Fühlen und Wollen der Massen anknüpfenden Überzeugungs- und Erziehungsarbeit der kommunistischen Partei. Hier sind von der KPD in der Weimarer Zeit sektiererische Fehler gemacht worden, die erst nach dem Sieg des Faschismus vom Brüsseler und Berner Parteitag in ihrer Bedeutung aufgearbeitet und korrigiert wurden. Anna Seghers Exilromane, deren Stärke nicht zuletzt in der tiefen dichterischen Durchdringung des Alltagslebens der werktätigen Massen liegt, sparen diese Fehler nicht aus; sie sind vielmehr ein Stück lebendiger und notwendiger Selbstkritik. Gerade das macht aber auch ein gut Teil der Aktualität dieser Romane auch für unseren heutigen Kampf aus.



Anna Seghers mit Renn und Weiskopf 1930 in der Sowjetunion.

Das Gleiche gilt auch für ihre öffentlichen Auftritte bei Versammlungen und Kongressen, wo sie leidenschaftlich für die neue Orientierung der Parteiarbeit und die Verwirklichung der von der Komintern entwickelten Volksfrontpolitik einsetzte. Als Beispiel dafür mögen die folgenden Ausführungen über die Jugend auf dem III. Internationalen Schriftstellerkongreß im Jahre 1938 gelten: *„Damit meine ich: Nie hat man noch eine Jugend allein dadurch gewonnen, daß man gegen etwas war, sondern immer nur durch das, wofür man war. Alle Grundfragen heißen letzten Endes: warum? und wofür? und nie: warum nicht? und wogegen? Wir sind nicht anders durch das Vorsetzen der Silbe ‚anti', sondern, indem wir von Grund auf anders sind. Da, wo der Faschismus die totale Mobilmachung beginnt, nämlich in den Köpfen, müssen wir vor ihm da sein, mit der totalen Mobilmachung von Kräften ganz anderer Ordnung. Einer Jugend, die der Faschismus daran gewöhnt hat, vom ‚Gefährlichen Leben' zu träumen, müssen wir eine von Grund auf andere Konzeption des Lebens bieten: eine Wahrheit, die weit verführerischer ist als die Lüge, das Aufsichnehmen von Gefahren für die Wahrheit. Statt dem ‚Gefährlichen Leben', wie es von Jünger und Dwinger besungen wurde, jenes andere, das gelebt wurde von Mühsam und Ossietzky."* (Jünger und Dwinger sind faschistische Schriftsteller, die auch in der heutigen Bundesrepublik — zum Teil in Massenauflagen — von „seriösen" bürgerlichen Verlagen herausgebracht werden; die antifaschistischen Schriftsteller Mühsam und Ossietzky wurden in den Konzentrationslagern der Faschisten ermordet.)



Anna Seghers

In dem hier angesprochenen „Gefährlichen Leben" sieht Anna Seghers einen besonders gefährlichen Bestandteil der faschistischen Ideologie, mit dem sie sich in ihrem Werk immer wieder auseinandersetzt. In bezug auf die Jugend geht Anna Seghers davon aus, daß deren Wünsche und Hoffnungen im Kapitalismus unerfüllt bleiben, daß ihre Träume in der drückend empfundenen Monotonie des Alltags ersticken. Daran haben die Faschisten angeknüpft, indem sie dieser Jugend Wärme und Kameradschaft vorgaukelten und deren Sehnen nach einem anderen Leben für ihre verbrecherischen Ziele mißbrauchten.

Wie ist dem entgegenzuwirken? Wie kann der proletarische Schriftsteller überhaupt die Jugend — und nicht nur sie — für die Wahrheit, für seine *„von Grund auf andere Konzeption des Lebens"* gewinnen? Sicher nicht dadurch, daß diese Wahrheit nur einfach plakativ hingestellt oder um eine programmatische Aussage herum eine Geschichte konstruiert wird. So etwas hat Anna Seghers später, als sie aus dem Exil nach Deutschland zurückgekehrt war, eine *„scholastische Schreibart"* genannt. Sie sagte: *„Die scholastische Schreibart ist Gift, wie marxistisch sie sich auch gebärdet. Sie ist unserer Idee feindlich. Denn sie bewirkt Erstarrung statt Bewegung, sie bewirkt Faulheit statt Initiative. Keine Erregung erschüttert den Leser solcher Bücher."*

Sozialistische Literatur muß die Wirklichkeit bewußt machen, aber eben in dem Sinne, daß sie nicht nur Erkenntnisse vermittelt, sondern indem sie auch das Innerste ihrer Leser anrührt. Nur so wird sie auch verändernd wirken können. Anna Seghers hat das so formuliert: *„Ich denke, ein Werk hat Tiefe, wenn es einen wirklichen Ausschnitt der Wirklichkeit so klar, so wahr so packend darstellt, daß es den Leser aufrüttelt, ihn dazu bringt, diese Wirklickeit zu begreifen, und ihn zum Nachdenken und Handeln bewegt."*

Das sind gewiß hohe Anforderungen, Anna Seghers selbst aber hat sie in ihrem Werk in bewundernswerter Weise erfüllt. In besonderem Maße gilt das sicher für ihr bekanntestes Buch, den Roman „Das siebte Kreuz".

Im nächsten RM werden wir näher auf das „Siebte Kreuz" eingehen, die Aufnahme des Segherschen Werkes in der Bundesrepublik beschreiben und uns abschließend mit den Romanen Anna Seghers über die DDR beschäftigen.

Bericht eines Lesers des „Roten Morgens"

Während des Streikes auf der Lenin-Werft

Ich war sieben Wochen in Polen, um ein Praktikum abzuleisten und auch um Urlaub zu machen. Bei meiner Radtour durchs Land erfuhr ich von der Streikbewegung, und beschloß, dorthin zu fahren, um die Ereignisse mit eigenen Augen zu sehen. So viel als möglich mitkriegen war dabei mein Ziel. Ich habe mich deshalb so viel als möglich mit Streikenden unterhalten. Natürlich ergibt das kein vollständiges Bild, aber ich glaube trotzdem, es könnte für die Leser des „Roten Morgen" interessant sein, zumal diese Eindrücke bestätigen, was im „Roten Morgen" stand.

Am Freitag, den 15. August, hörte ich zum ersten Mal, daß in Gdansk gestreikt werden soll. Am selben Tag sah man auch schon Bushaltestellen, die mit Streikplakaten überklebt waren, obwohl ich noch in einiger Entfernung von Gdansk war. Ich machte mich also in diese Richtung auf den Weg.


Die Kräne im Hafen standen still und ausgerichtet.

Am Sonntag, zwei Tage später also, als ich dort war, sollen es bereits 70 000 Arbeiter sein, die streiken. Man merkt es auch: keine öffentlichen Verkehrsmittel. Ansonsten aber ist in der Stadt selbst nicht viel davon zu sehen.

Vor dem Busdepot waren Busse quergestellt, vor Betrieben sah man Posten mit Armbinden und mit polnischen Fahnen. Vor der Leninwerft selbst eine ungeheure Menschenmenge. Am Montag komme ich zum ersten Mal auf das Gelände, nach einigem Hin und Her. Als ich photographierte, brachte mich ein Ordner zum Streikkomitee. Aber dort hatte man nichts dagegen, sondern meinte, je mehr über dies alles berichtet würde, desto besser. Ich sprach dort mit einer Frau, auf englisch, die seit Tagen nicht mehr rausgegangen war aus dem Betrieb. Alle waren seit Donnerstag im Betrieb, das ganze Streikkomitee. Da kamen die ganze Zeit über Delegationen aus anderen Betrieben an, die zuerst geprüft wurden, dann aber freudig und mit Beifall empfangen. Sie wurden in das Streikkomitee aufgenommen. Es war übrigens deshalb, wegen der Verbindung zu anderen Betrieben, daß in jenen Tagen vom Streikkomitee vor allem die Forderung nach einer Wiederherstellung der Telefonverbindungen erhoben wurde, das sah man als Voraussetzung an, sowohl für die eigene Arbeit, wie für Verhandlungen.

Zwei Jahre Vorarbeit

Dort, auf der Werft kam ich auch ins Gespräch mit einem Schlosser, der Mitglied des Streikkomitees war. Er war von seiner Abteilung gewählt worden. **Er erzählte mir, daß seit zwei Jahren, seit dem Sommer 1978 Gruppen der freien Gewerkschaften gegründet worden seien, unter anderem von Lech Walesa, daß diese dann allmählich zu regionalen Organisationen zusammengefaßt worden seien, die die Aktionen vorbereiteten.**

Im Streikkomitee selbst waren wohl auch KOR-Leute, die den Streik zwar nicht organisiert haben, aber unterstützt. Kurz vor dem Streik war wohl auch ein KOR-Redakteur verhaftet worden, dessen Freilassung gefordert wurde. Seine Verhaftung war unter der Anklage eines Fahrraddiebstahls erfolgt...

Der Mann wußte nicht viel über KOR. Was er aber sagte, war, daß in den ersten drei Streiktagen auf der Werft sehr viel politische Information gemacht worden sei, daß er dort viel erfahren habe, was ihm vorher unbekannt gewesen sei, so auch das ganze Wirtschaftsprogramm der polnischen Regierung. Seine Meinung war, daß Reformen am System dringend nötig seien, ein anderes politisches System aber nicht drin sei, schon wegen der Bündnisse. Er, wie auch andere Werftarbeiter, mit denen ich sprach, waren ganz klar der Meinung, ihre Forderungen seien nicht politischer Art, sondern rein wirtschaftlich. Immer wieder kam aber auch das Argument: jetzt ist Abrechnung für den Kurs seit 1970, für die damaligen Vorgänge, das meinten wirklich eine ganze Reihe Streikende. Mehrere mit denen ich sprach, sagten auch ausdrücklich, die Ideen des Sozialismus seien gut, aber in Polen nicht verwirklicht. Wieder andere schielten ziemlich offen nach dem Westen und einige von ihnen wiederum meinten, das, was hier Sozialismus sei, oder angeblich sei — auch das sagten welche — tauge nun überhaupt nichts.

Alle diese drei Strömungen, wenn man es einmal so nennen kann, waren sich aber darin einig, daß man unbedingt und jetzt freie Gewerkschaften brauche. „Das wollen wir, fertig!" hörte ich immer wieder.

Zahlenmäßig am häufigsten war dabei die Meinung vertreten, es gehe gar nicht um politische Forderungen. An diesem Montag war übrigens auch die Fernsehansprache Giereks — aber nach kurzer Zeit wurden die Apparate abgeschaltet.

Für die Werft selbst hatten schon vorher Verhandlungen stattgefunden, die auch Zugeständnisse der Direktion beinhalteten, aber man wollte für das Recht auf Gewerkschaften streiken.

Nachmittags fuhr ich dann zum Hafen, der völlig stillag, die Kräne ausgerichtet und abgeschaltet. Die ankommende Fähre von Travemünde wurde nicht abgefertigt, niemand durfte aussteigen, nur einige zusteigen. Nirgends mehr wurde Alkohol verkauft, sonst war alles, außerhalb der Betriebe weitgehend normal.

Am Dienstag war dann schon alles besser organisiert. Jetzt gab es eine Lautsprecheranlage auf der Werft, angeschlagene Zeitungen und Flugblätter, wo über Forderungen und den Stand der Bewegung informiert wurde.

200 Betriebe im Komitee

Inzwischen waren 200 Betriebe im Streikkomitee auf der Werft vertreten, aus Gdansk und Gdynia. Szczeczin war ein eigenes Komitee. Es gab noch mehrer regionale Komitees. Jetzt gingen auch laufend Solidaritätsadressen aus dem ganzen Land ein, vor allem aus Nordpolen.

Ich redete wieder mit verschiedensten Leuten. Zum Beispiel mit einer Putzfrau, die 1 500 Zloty verdiente, und nebenbei auf dem Campingplatz arbeitete (der Durchschnittslohn beträgt ungefähr 4 800 Zloty). Oder mit einem Arbeiter, dessen Vater, ein ehemaliger Eisenbahner, eine Rente von 1 800 Zloty bekommt. Alle waren von ihrem Erfolg felsenfest überzeugt.

Es gab jetzt übrigens in den Geschäften plötzlich viel mehr Waren, als in den Tagen zuvor. Auch Konserven mit deutscher Aufschrift, sie waren offensichtlich umgeleitet worden, weil es eine sehr verbreitete Forderung war, Waren fürs Geld zu bekommen.


Aus einer Tagung des Streikkomitees auf der Werft.

Am nächsten Tag fuhr ich dann in Richtung Gdynia. Unterwegs sah man, daß nirgendwo mehr gearbeitet wurde. In Gdynia sah man auf den Tafeln zum Teil andere Forderungen, die ich aber nicht so genau identifizieren konnte. Aber dort war es auch nicht möglich, in den Betrieb zu gehen, es gab eine dreifache Postenkette, und die ließen niemand durch.

Da war auch die Stimmung insgesamt anders, nicht so freundlich, man hörte gerüchteweise davon, daß hier härtere Sachen vorgefallen seien.

Letzter Tag auf der Werft

Am Donnerstag, den 21. August, ging ich zum letzten Mal auf die Leninwerft. Da war gerade Messe. Die war sehr voll, da war kein Durchkommen. Jetzt streikte alles, bis auf diejenigen öffentlichen Betriebe, die im Komitee vertreten waren, aber auf Beschluß des Komitees weiterarbeiteten, um die Versorgung der Bevölkerung zu sichern. Die S-Bahn fuhr beispielsweise, während der Güterverkehr stillag.

An diesem Tag fragte ich auch viel nach der Partei. Da war es zum Beispiel so, daß der zweite Parteisekretär eines Produktionsbereiches Streikposten stand. Auch die Parteimitglieder auf der Werft beteiligten sich am Streik. Die offiziellen Gewerkschaften versuchten zu diesem Zeitpunkt noch, die Bewegung zu stoppen, versprachen, alles zu prüfen. Aber die allgemeine Reaktion war zu fragen, „was haben sie denn bisher getan?" und es wurde sehr viel über die schlechte Entwicklung im letzten Jahr gesprochen und erzählt.

Die Gemüsepreise hatten sich in einem Jahr fast verdoppelt, die Erhöhung der Fleischpreise rief besonderen Unmut hervor, weil es, auch durch die Privatisierung faktisch kein Fleisch mehr gab. **So war die Forderung nach Karten, nach Rationierung eine sehr wichtige, sehr verbreitete, die auch von allen Parteimitgliedern vertreten wurde.**

Allgemein wurde gefordert, daß in den privaten, den Spezialläden keine Alltagswaren mehr verkauft werden sollen, denn dies verknappt das Angebot, erhöht die Spekulation mit Waren. Als deutlichstes Beispiel wurde immer wieder der 126er Polski Fiat genannt, der offiziell rund 80 000 bis 90 000 Zloty kosten soll, auf dem Markt aber für 160 000 Zloty angeboten wird und in Wirklichkeit nur für Dollars zu haben sei. Oder auch die Mieten: Auf eine Neubauwohnung muß man bis zu zehn Jahre warten, muß 35 000 Zloty einzahlen und 750 Miete zahlen. Wenn ich vorhin gesagt habe, daß der Durchschnittslohn bei 4 800 Zlotys liegt, muß man aber andererseits wissen, daß es auch Arbeiter gibt, die bis zu 10 000 Zlotys im Monat verdienen, im wesentlichen durch Überstunden. Die höchste Lohngruppe, von der es auf der Werft relativ viele gab, verdient 75 000 Zloty im Jahr, ohne Zuschläge.

Dabei sind die Löhne im Norden im allgemeinen, nach dem, was mir erzählt wurde, höher als im Süden, während im Kohlenrevier eine bessere Versorgung mit Waren da ist.


Streikversammlung auf der Lenin-Werft.

Am Donnerstag abend tauchte auch zum ersten Mal die Polizei auf, die in der Gegend der Werft Verkehrskontrollen machte und auch wohl einen richtigen Ring gebildet hatte, aber sie wurde gleich bedrängt, mit Fragen bestürmt und so weiter, da ergab sich keine Zuspitzung, die man befürchtet hatte. Es waren keine echten Behinderungen. **Immer wieder tauchte bei diesen Gesprächen, gerade an diesem Tag, auch der Vergleich zu 1970 auf, alle lobten die straffe Organisierung, die Disziplin.** Mehrere, mit denen ich redete, nahmen ihre Zuversicht daher, daß es, im Gegensatz zu vor zehn Jahren, noch keine Toten gegeben habe.

Viele meinten auch, in Polen sei es immer noch besser als in der DDR, hier dürfe man eher seine Meinung sagen.

Befragt nach der Kirche wurde ziemlich klar, daß deren Einfluß recht groß ist, daß auch normale Priester sich sehr für die sozialen Forderungen eingesetzt haben. Der Aufruf des Kardinals zum Abbruch des Streiks wurde nirgends zur Kenntnis genommen, die Bischofskonferenz mußte ihm dann öffentlich widersprechen. Der Einfluß der Kirche, so wurde mir gesagt, sei seit dem polnischen Papst gestiegen.

Das ist wohl insgesamt ein kompliziertes Kapitel. Es gab auch welche, die mir sagten, die Forderungen für die Kirche in dem 21-Punkte-Programm, das inzwischen überall verbreitet war, seien deshalb hineingenommen worden, um die Kirche dazu zu bringen, offiziell für den Streik zu sein.

Als ich an diesem Tag wegfuhr, da war es schon so, daß sich der Eindruck aufdrängte, die Spannung sei geringer geworden, die Zuversicht nicht mehr wild entschlossen, sondern viel realer begründet. Und das zeigte sich denn ja auch in den nächsten Tagen sehr deutlich, daß es zutraf.

In den Tagen danach fiel vor allen Dingen auf, daß die Touristen nicht mehr da waren, daß dafür alles immer voller mit Journalisten wurde. Die wurden alle sehr zuvorkommend behandelt, ganz in dem Sinne, wie vorne bereits gesagt, daß jede Berichterstattung nach Meinung der Streikenden ihnen helfe, für sie eine Sicherheit sei.

1970, so erfuhr ich unter anderem an diesem letzten Tag, waren nach Meinung der Arbeiter auch Provokateure am Werk, die bewaffnete Zwischenfälle organisierten, ein russisches Kriegsschiff lag im Hafen — davon war diesmal nichts zu sehen.

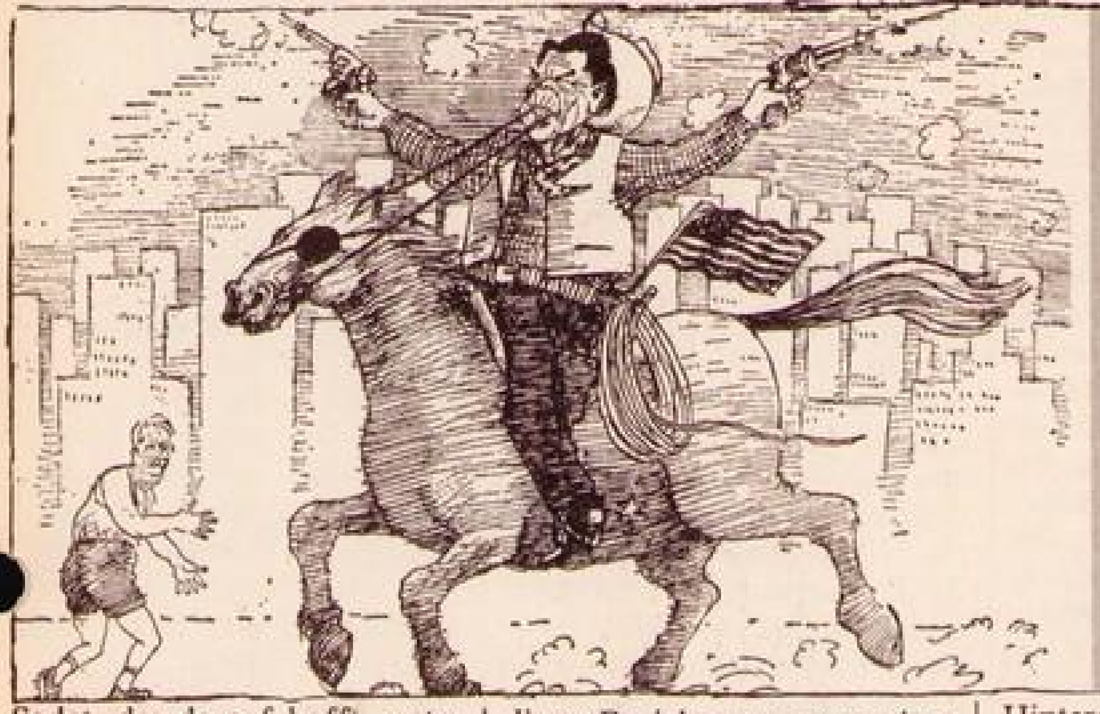

In der Stadt werden die Nachrichten intensiv gelesen.

Faschisten fühlen sich bestärkt

Die Weltreaktion bejubelt Reagans Sieg

Zurückhaltend und zufrieden: Westeuropäische Regierungen

WASHINGTON.— Aus aller Welt kamen und kommen Glückwünsche für Ronald Reagan, den neuen Präsidenten der USA. Es zeigt sich mehr als deutlich, wer seine Freunde sind: die extremen Reaktionäre aller Länder, die faschistischen und rassistischen Diktaturen in Lateinamerika und Südafrika, sowie die NATO-Staaten.



Rechtswärts zieht der Wind.

Als erste äußerten sich die blutigen Diktatoren Chiles und Argentiniens, Pinochet und Videla, sehr zufrieden über Reagans Sieg. Beide meinten, jetzt könne von neuem eine „Zusammenarbeit ohne Mißverständnisse“ in Gang gesetzt werden. Begeistert über Reagans Sieg war auch Ägyptens Sadat, der darauf hofft, unter Reagans Leitung sein Land zu einer waffenstarrenden Festung des amerikanischen Imperialismus zu machen. Aber auch Menachim Begin will dasselbe Ziel erreichen, bzw. seine Stellung halten und setzte dafür frühzeitig auf Reagan.

Begeistert zeigten sich auch die Regierungen El Salvadors, Brasiliens sowie die Putschisten in Bolivien und Südkorea, die sich von der rechten Republikanergarde erhoffen, sie werde die Menschenrechtsdemagogie Carters fallen lassen. Der jordanische König im Dienste des CIA erhoffte sich eine verstärkte „Sicherheitspolitik“ Washingtons.

Eindeutig die Reaktion auch in Südafrika: Sofort nach dem Wahlsieg Reagans wurde dort wieder öffentlich von dem Plan einer südatlantischen Verteidigungsgemeinschaft gesprochen, die man nun mit den USA bilden möchte, nachdem Brasilien dieses Projekt zugunsten seiner Tätigkeit in Angola abgelehnt hat.

In dieser Gemeinschaft von Rassisten und Faschisten befinden sich auch die westeuropäischen Regierungen. Hatte Bundeskanzler Schmidt bereits am Tage nach der Wahl seinen „Freund Jimmy“ vergessen und Reagans Drohung mit Abbruch von Rüstungskontrollgesprächen als „schöpferische Denkpause“ bezeichnet, so wurde dies auf dem Treffen Schmidts mit Giscard ausdrücklich bestätigt.

Mit einem Präsidenten Reagan, so meinten diese beiden Herren, würde die amerikanische Politik berechenbarer. Was ohne Zweifel stimmt, denn Reagans Kriegskurs ist eindeutig. In demselben Sinne äußerte sich auch in gewohnter, fast vergessener Frontstadtmanier, Berlins Westbürgermeister Stobbe (SPD). Der Jubel der Straußleute in der Bundesrepublik wurde nur dadurch getrübt, daß sie nicht mit ihrem Gesinnungsgenossen Reagan gemeinsam zur Sache gehen können, sondern die der Bonner Regierung überlassen müssen.

Dieses Echo steht auf dem Hintergrund klarer Aussagen Reagans zu den verschiedenen Brennpunkten seiner Außenpolitik. Neben der Festigung der besonderen Beziehungen zu Israel und der angekündigten entschlossenen „Lösung der Iranfrage“ stehen solche eindeutigen Aussagen wie: unsere wahren Freunde stärken, die Hauptgefahr in Afrika sind die sowjetischen Kanonen und ähnliches mehr, was die Faschisten der Stützung durch die USA versichert. Für Westeuropa wird schon in diesen Tagen klar, daß weitere Aufrüstung und verschärfter Kurs auf Konfrontation der Washingtoner Politik zugrunde liegen.

Auf der 35. Vollversammlung

UNO fordert erneut Sanktionen gegen Südafrika

Das befreite Zimbabwe verstärkt die Auswirkungen solcher Maßnahmen

NEW YORK.— Alle UNO-Delegierten, die sich bisher zur diesjährigen Apartheidsdebatte zu Wort meldeten, forderten einmütig die Verwirklichung von Sanktionen gegen das Blutregime der Rassisten in Südafrika.

Der Vorsitzende des Apartheidausschusses der UNO, Akropode Clark (Nigeria), forderte entsprechend dem Jahresbericht seines Ausschusses einen totalen Wirtschaftsboykott gegen die Rassisten. Er kritisierte diejenigen Mitglieder des Sicherheitsrats der UNO, die mit ihrem Veto solche Maßnahmen verhinderten, nämlich die USA, Frankreich und Britannien.

Insbesondere wurde gefordert, die Öllieferungen an Südafrika zu unterbinden, eine Maßnahme, der sich bereits vor längerer Zeit der Iran angeschlossen hatte.

Die Debatte um einen Boykott gegen Südafrika gewinnt dieses Mal aktuelle Bedeutung, denn die Möglichkeit eines wirksamen Boykotts ist heute größer denn je. Dazu trugen zwei Faktoren im Laufe dieses Jahres bei.

Zum einen ist der südafrikanische Vorstoß gescheitert, die nördlichen Nachbarländer, die sogenannten Frontstaaten, durch den Abschluß eines Transportabkommens noch enger unter das Diktat der Rassisten zu bringen. Die betroffenen Staaten weigerten sich, solch ein Abkommen zu unterzeichnen. Im Gegenteil: Auf einer Konferenz der neun Frontstaaten im Juli in Lusaka wurde ein gemeinsamer Transportausschuß der Staaten des südlichen Afrika (ohne Südafrika) gegründet, der die Verstärkung der Verkehrsmöglichkeiten dieser Staaten zum Ziel hat. Die Befreiung Zimbabwes stellte für diesen Ausschuß eine enorm wichtige Vorbedingung dar. Jetzt ist nämlich der Weg zu den Häfen von Mocambique frei, der früher vom rassistischen Regime in Rhodesien blockiert worden war. Damit verlieren die südafrikanischen Rassisten eines ihrer wichtigsten Erpressungsmittel gegen die Nachbarstaaten, mit denen sie diese immer wieder gezwungen hatten, doch Wirtschaftsbeziehungen zu unterhalten.

Diese wachsende Isolation der Diktatur würde sie umso anfälliger für die geplanten Boykottmaßnahmen machen. Das Regime von Pretoria versucht, seine Stellung durch wachsenden Terror zu halten. Südafrikanische Truppen haben in den letzten Wochen erneut ihre Überfälle im eigenen Land, im besetzten Namibia und auf Angola verstärkt.

Im Zusammenhang mit der Debatte in der UNO wurden nicht nur die westlichen Mitglieder des Sicherheitsrats wegen ihrer Unterstützung für Südafrika angegriffen, sondern einmal mehr auch die Bundesrepublik für ihr Engagement zugunsten des rassistischen Regimes kritisiert. Insbesondere wurden dabei die Waffengeschäfte, die westdeutsche, kanadische und britische Rüstungsschmieden über Düsseldorf und Paraguay mit Südafrika betreiben, an den Pranger gestellt.

Der Terror rast in der Türkei

Jeden Tag 200 Verhaftungen

Erstmals Folter öffentlich eingestanden

ANKARA.— In den zwei Monaten seit dem Putsch der türkischen Faschistengenerale und der Machtergreifung der Evrenjunta sind 12 000 Menschen verhaftet worden. Dies sind offizielle Angaben der westdeutschen Presse, die diesem Blutregime so überaus freundlich gesinnt ist. Das bedeutet täglich rund 200 Verhaftungen.

Unter diesen 12 000 Verhafteten (demokratische Organisationen geben mindestens die doppelte Anzahl an) befinden sich auch 90 (!) Mitglieder der faschistischen Parteien. Allein diese Zahlen widerlegen bereits die amtliche Propaganda, die Junta würde gegen alle „Extremisten“ vorgehen.

Zum ersten Mal wurde in diesen Tagen auch öffentlich eine Folterung in einem türkischen Militärgefängnis eingestanden. Ein Wachsoldat schlug dort einen politischen Gefangenen so lange mit dem Gewehrkolben, bis er starb. Die Wachmannschaft wurde — vom Dienst suspendiert!

Währenddessen bereiten sich die Militärorgane auf eine große Prozeßwelle gegen alles, was oppositionell ist, vor. Die bereits gefällten Todesurteile sind nur ein Vorgeschmack der Pläne Kenan Evrens zur Reinigung des Landes im NATO-sinne.

Diesen Vorbereitungen dient auch die immer schärfere Zensur im ganzen Lande, der jetzt selbst die Zeitung „Cumhuriyet“ zum Opfer fiel, nachdem bereits voher mehrere Zeitungen der gemäßigten oppositionellen Richtung verboten worden waren. Revolutionäre Zeitungen waren ja bereits zu Kriegsrechtszeiten verboten worden.

Obwohl das demokratische Bild, das man in den ersten Wochen in der westdeutschen Presse von der Diktatur zeichnete, allmählich unwirksam wird, ist es immer noch so, daß man versucht, die dortigen Verhältnisse zu beschönigen, um die westdeutsche Beteiligung keiner Kritik auszusetzen. Jetzt versucht man alles mit Schweigen zu übergehen.

Die geplante Demonstration am 20. Dezember in Köln soll dieses Schweigen brechen!

Parteiwahlen der Labourparty

Foots Wahl verdeutlicht Radikalisierung der Gewerkschaftsbewegung

LONDON.— Eindeutig war die Reaktion der großbürgerlichen britischen Presse auf die Wahl Michael Foots zum Vorsitzenden der Labourparty mit 139 von 268 Stimmen: „Totaler Wahnsinn“ tobte die „Times“.

Mit Spannung war diese Wahl erwartet worden, sollte sich doch in ihrem Ergebnis die Entwicklung der Kräfte seit dem Parteitag zeigen. Dieser hatte mit seinen Beschlüssen gegen die EG und die NATO-Nachrüstung für viel Wirbel in ganz Europa gesorgt. Mit der Wahl Foots, mit seinem Sieg über den Gegenkandidaten Healey, den Vertreter des rechten Parteiflügels, hat sich nun bewiesen, daß innerhalb der Partei der Einfluß der Gewerkschaftsbewegung immer mehr steigt.

Vorher hatte die bürgerliche Presse eine zügellose Hetzkampagne gegen die Vertreter der Linken in der Labourparty, in der die TUC-Gewerkschaften en bloc Mitglieder sind, organisiert. Dies galt den politischen, den außenpolitischen Vorstellungen des linken Labourflügels.

Dies war nun erfolglos. Foot betonte bei seinem Amtsantritt mit Nachdruck, daß er für die Erfüllungen der Forderungen des Parteitages kämpfen werde. Er werde dies tun, so sagte er, im Interesse der arbeitenden Bevölkerung des Landes, die weder von der EG noch von der NATO-Aufrüstung Gutes zu erwarten habe. Dabei wies er auch Kritiken aus der sogenannten Sozialistischen Internationale am Parteitag seiner Partei zurück. Diese, vor allem die Führung der SPD, hatte keinen Hehl daraus gemacht, daß sie auf einen Wahlsieg Denis Healeys hoffte. Labour werde weiter dafür eintreten, so sagte Foot, die Gesetzgebung Margret Thatchers gegen die Gewerkschaftsbewegung rückgängig zu machen.

Mit diesen Beschlüssen und dieser Politik steht die britische Labourparty der Praxis der westeuropäischen sozialdemokratischen Parteien an entscheidenden Punkten gegenüber.

Massengrab für die Opfer eines südafrikanischen Überfalls auf Angola.

Meldungen

Australien: Geheimdokumente veröffentlicht

SYDNEY.— Trotz einer gegenteiligen gerichtlichen Verfügung haben die beiden Autoren Richard Walsh und George Munster jetzt ihr Buch „Dokumente über die australische Verteidigungs- und Außenpolitik 1968 — 1975 veröffentlicht.

Im Vorfeld dieser Neuerscheinung gab es intensive Anstrengungen von seiten der Behörden, dieses Buch verbieten zu lassen, da es gegen die nationale Sicherheit verstoße. Der Grund: es wird Material veröffentlicht über die amerikanischen Militärstützpunkte in Australien und im Indischen und Pazifischen Ozean, sowie über die Zusammenarbeit mit dem CIA und dem britischen Geheimdienst.

Am aufregensten für die Regierung: dokumentarisch wird auch die Entwicklung der australischen Beteiligung an der US-Aggression gegen Vietnam, Laos und Kambodscha bewiesen. Und auch die Absprachen der australischen Behörden mit Indonesien über die Besetzung von Ost-Timor werden enthüllt.

Vietnam: Chinesische Überfälle

HANOI.— Wie schon mehrmals in letzter Zeit wurden von der vietnamesisch-chinesischen Grenze neue Übergriffe chinesischer Truppen auf vietnamesisches Gebiet gemeldet.

Die chinesischen Chauvinisten, die sich ja bereits öffentlich als Lehrmeister der indonesischen Völker bezeichneten, verfolgen so den Kurs der Einschüchterung der Völker Südostasiens. So unterstützen sie die faschistische Diktatur in Südkorea ebenso wie die indonesischen Besatzungstruppen auf Ost-Timor. Die neuerlichen Grenzprovokationen gegen Vietnam zeigen, daß sie ihren Traum der Unterwerfung Indochinas unter das Reich der Han nicht aufgegeben haben, trotz der Abfuhr, die sie vor bald zwei Jahren erhielten.

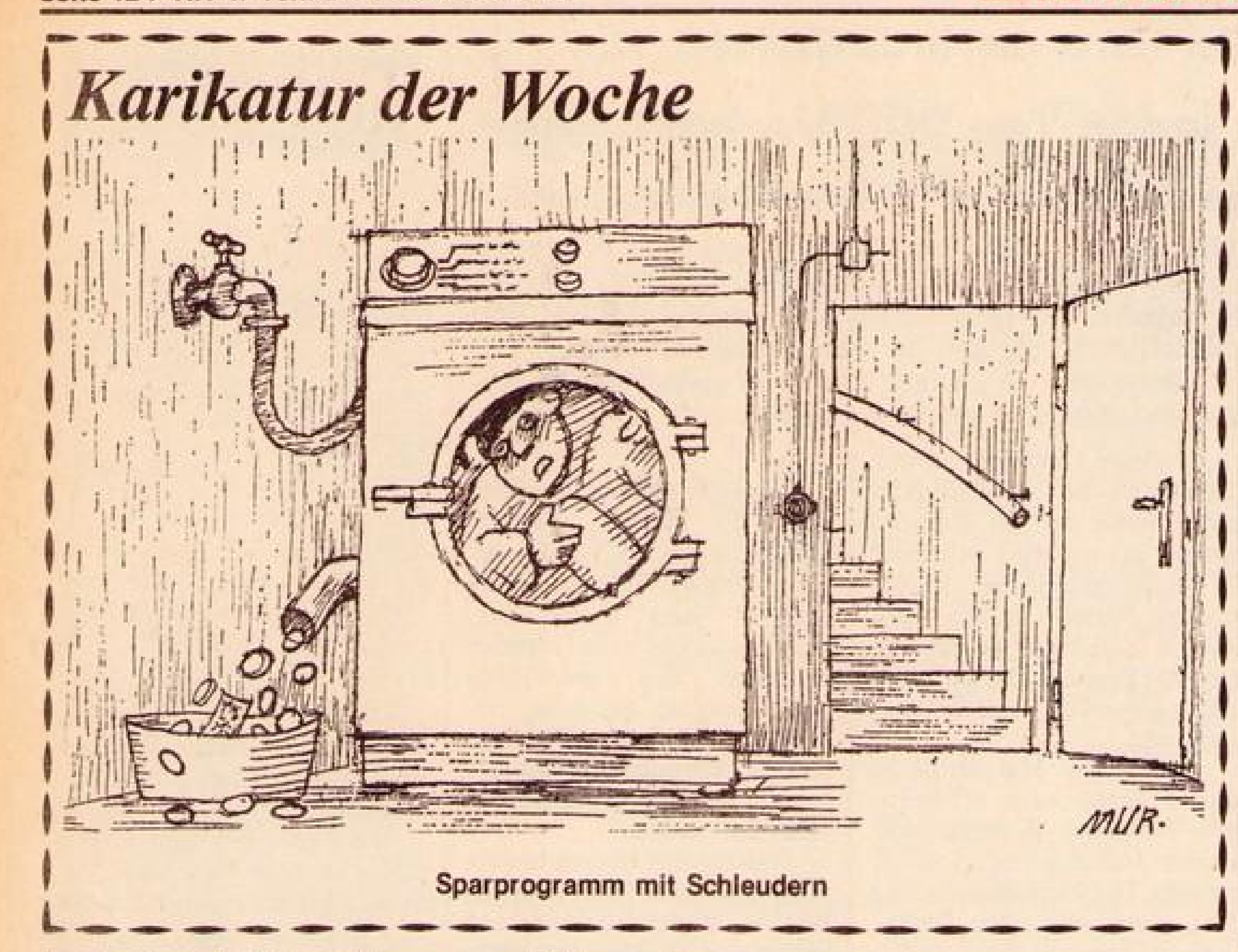
USA: Beispiellose Aufrüstung

WASHINGTON.— Selbst jenen, die es gewohnt sind, Jahr für Jahr neue Rekordausgaben der USA für die Aufrüstung zur Kenntnis zu nehmen, dürfte es angesichts der neuesten Pläne schaudern.

Der Republikanische Senator Tower, kommender Vorsitzender des Ausschusses für die Streitkräfte, forderte für die nächsten Jahre eine reale Steigerung der Rüstungsausgaben um 9 bis 13 Prozent jährlich. Selbst der 81er Haushalt, mit 157 Milliarden Dollar bereits verabschiedet, soll noch um weitere 3 Milliarden Dollar erhöht werden.

Für 1984 dem letzten Jahr der neuen Wahlperiode, stünden nach diesen Forderungen Ausgaben in der Höhe von 250 Milliarden nach heutigem Geldwert an. Dies habe, so Tower, Vorrang vor der Sparpolitik.

Karikatur der Woche



Sparprogramm mit Schleudern

Heinrich Heine über den Kölner Dom

„Er ragt verteufelt schwarz empor...“

Der Besuch des Papstes in Köln fällt zusammen mit einem Jubiläum, das in der Rheinstadt in diesem Jahr ausgiebig gefeiert wird: der hundertste Jahrestag der Vollendung des Kölner Doms. Diese mächtigste gotische Kathedrale der Welt war — nachdem 1560 die Bauarbeiten abgebrochen wurden — jahrhundertelang eine Bauruine.

Im vergangenen Jahrhundert bildete sich ein Domverein, der die Trommel für die Wiederaufnahme der Bauarbeiten rührte. Seine Motive waren jedoch weniger religiöser oder kultureller Art, sondern politischer Natur. Zum mächtigsten Förderer des Baus wurde schließlich Kaiser Wilhelm I., der in dem fertiggestellten Dom sowohl ein Zeichen der preußischen Herrschaft über das Rheinland, wie auch ein Symbol des erstarkenden monarchistischen Deutschlands sah. So wurde die Einweihungsfeier im Jahre 1880, die ganz auf Wilhelm I. zugeschnitten war, zur chauvinistischen Propagandaschau.

Zur Ehre des preußischen Herrschers sollte dabei eigens eine sogenannte Kaiserglocke läuten, die aus erbeuteten französischen Kanonen gegossen worden war. Sie gab allerdings keinen rechten Ton von sich, worüber sich im Volke dann allerlei Legenden bildeten.

Aus diesen Tatsachen ist ersichtlich, warum es für viele Kölner schwer fiel, ein rechtes Verhältnis zu ihrem Dom zu entwickeln. Der Schriftsteller Heinrich Böll etwa sagte im letzten Jahr: „Die Preußen haben ja den Dom dann gebaut und diesen ganzen vaterländischen Scheiß drum gemacht. Das hängt für mich daran: Die Domtürme sind für mich ein Hohenzollerngebilde, und die mag ich nun mal nicht.“

Ähnliche Gefühle haben auch Bölls großen Kollegen Heinrich Heine bewegt. In seinem Gedicht „Deutschland. Ein Wintermärchen“ beschreibt er einen nächtlichen Gang durch Köln wobei er sich allerlei Gedanken über die mittelalterliche Vergangenheit der Stadt und auch über den Dom macht. Die in bezug auf dessen weiteres Schicksal von Heine ausgesprochene Hoffnung jedoch ist nicht in Erfüllung gegangen.

(...)

Die Flamme des Scheiterhaufens hat hier
Bücher und Menschen verschlungen;
Die Glocken wurden geläutet dabei
Und Kyrie Eleison gesungen.

Dummheit und Bosheit buhlten hier
Gleich Hunden auf freier Gasse;
Die Enkelbrut erkennt man noch heut
An ihrem Glaubenshasse. —

Doch siehe! dort im Mondenschein
Den kolossalen Gesellen!
Er ragt verteufelt schwarz empor,
Das ist der Dom von Köllen.

Er sollte des Geistes Bastille sein,
Und die listigen Römer dachten:
In diesem Riesenkerker wird
Die deutsche Vernunft verschmachten!

Da kam der Luther, und er hat
Sein großes »Halt!« gesprochen —
Seit jenem Tage blieb der Bau
Des Domes unterbrochen.

Er ward nicht vollendet — und das ist gut.
Denn eben die Nichtvollendung
Macht ihn zum Denkmal von Deutschlands Kraft
Und protestantischer Sendung.

Ihr armen Schelme vom Domverein,
Ihr wollt mit schwachen Händen
Fortsetzen das unterbrochene Werk
Und die alte Zwingburg vollenden!

O törichter Wahn! Vergebens wird
Geschüttelt der Klingelbeutel,
Gebettelt bei Ketzern und Juden sogar;
Ist alles fruchtlos und eitel.

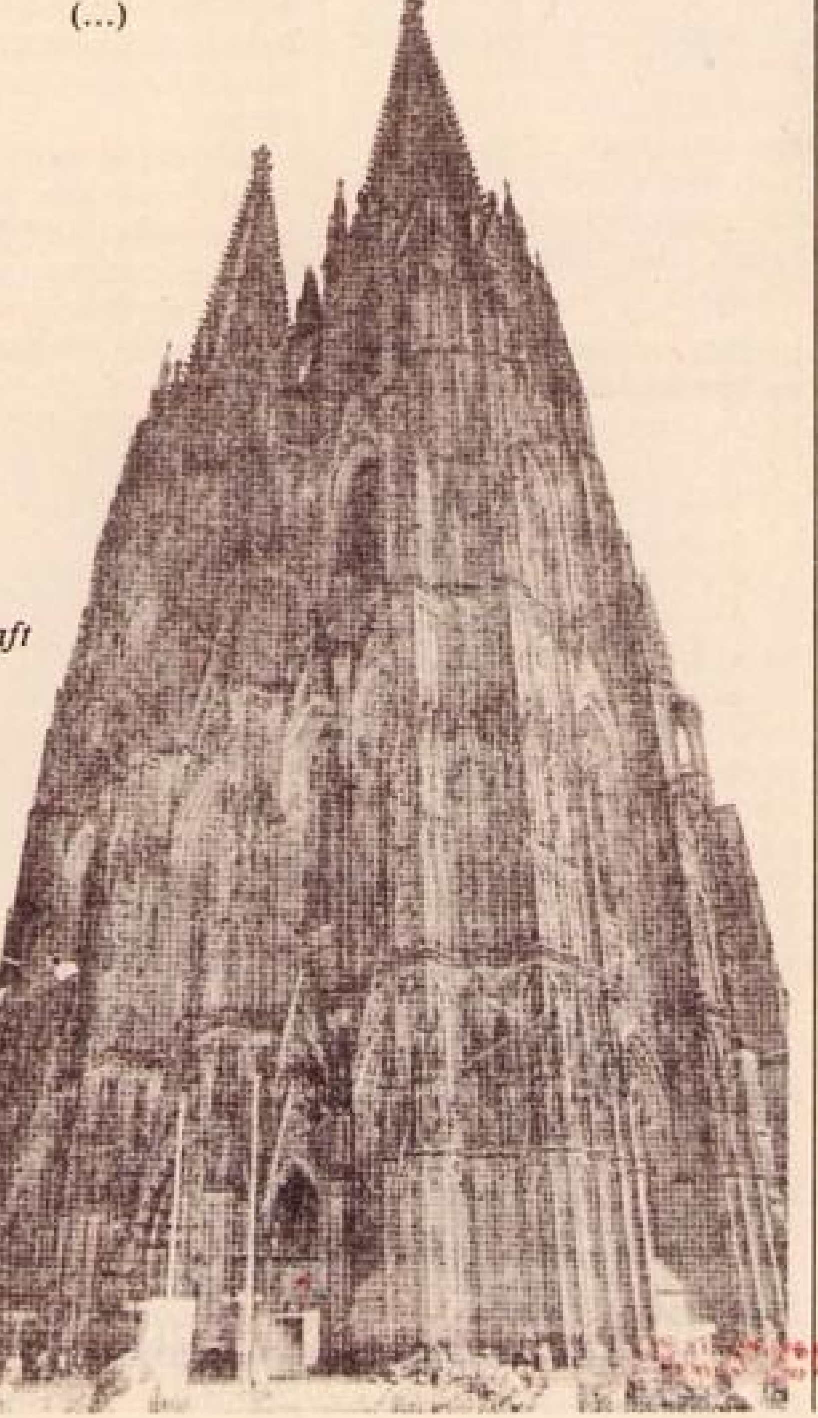
Vergebens wird der große Franz Liszt
Zum Besten des Doms musizieren,
Und ein talentvoller König wird
Vergebens deklamieren!

Er wird nicht vollendet, der Kölner Dom,
Obgleich die Narren in Schwaben
Zu seinem Fortbau ein ganzes Schiff
Voll Steine gesendet haben.

Er wird nicht vollendet, trotz allem Geschrei
Der Raben und der Eulen,
Die, altertümlich gesinnt, so gern
In hohen Kirchtürmen weilen.

Ja, kommen wird die Zeit sogar,
Wo man, statt ihn zu vollenden,
Die inneren Räume zu einem Stall
Für Pferde wird verwenden.

(...)



Vor dem Papst-Besuch

Kritik in den eigenen Reihen

Vorbehaltlose Zustimmung bei CDU/CSU

Kurz vor dem Beginn der Papstreise durch Westdeutschland mehrt sich in unserem Lande die Kritik an dem Aufwand dieser Reise und an den in ihrem Vorfeld getroffenen Aussprüchen dieses mittelalterlich-reaktionären Menschen, an den von ihm aufgestellten abartigen Verhaltensvorschriften für katholische Christen, wie sie im Verlauf der römischen Bischofssynode zum Ausdruck kamen.

Diese Kritik kommt auch aus den Reihen der Kirche selber. Verschiedene katholische Theologen sehen sich durch die Äußerungen des Papstes, durch seine Ignoranz gegenüber den wirklichen Problemen der Welt, gegenüber dem tatsächlichen, materiellen Elend großer Teile der Menschheit, vor große Schwierigkeiten gestellt.

Ein Ausdruck dieser Tatsache ist ein offener Brief von 135 Christen und 25 kirchlichen Gruppen aus der Bundesrepublik an den Papst. In sechs Fragen fassen sie ihre Probleme zusammen. Im wesentlichen geht es um folgendes:

1. Im Zusammenhang mit dem Elend in den unterentwickelten Ländern wird die Frage der Empfängnisverhütung aufgeworfen. „Sind Sie bereit, die kirchlichen Lehre über die Geburtenregelung so zu revidieren, daß die Verantwortung über anzuwendende Mittel und Zahl der Kinder dem Gewissen der Eltern selbst überlassen wird...?“
2. Der Papst soll sich gegen das Wettrüsten aussprechen. „Darüber hinaus sind aber die politischen Spannungen in der Welt oft gerade auch religiös und konfessionell bedingt. Wäre es da nicht Pflicht der Kirche, dort zum Abbau der Spannungen beizutragen, wo sie selber am Entstehen dieser Konflikte mitschuldig geworden ist?“
3. Die Abgrenzungspolitik der katholischen Kirche gegenüber dem Protestantismus wird als schädlich hingestellt und der Papst aufgefordert, für die Überwindung der Kirchentrennung zu wirken.
4. Der Bann der katholischen Kirche gegen Geschiedene und Wiederverheiratete soll aufgehoben werden.
5. Das Pflichtzölibat für Priester soll aufgehoben werden angesichts der Priesterknappheit.
6. Die Maßnahmen gegen die Freiheiten der „theologischen Wissenschaft“ sollen aufgehoben werden.

Nun sind die Unterzeichner dieses Briefes mehr oder weniger im katholischen Aberglauben befangen und zweifeln die Autorität der Kirche nicht grundsätzlich an. Sie wollen nur die Auswüchse korrigieren, die die zunehmende Abkehr vieler Menschen von der Kirche bewirken. Diese Fragen und die Reaktion des Papstes — „Die Fragen werfen keine neuen Tatbestände auf“ — beleuchten aber die dumpfe, brutale Rückständigkeit des Karel Wojtyla, der sein Missionsziel bekräftigt hat, die katholischen Gläubigen zur Einhaltung der reaktionären Dogmen zu verpflichten, von denen er einige noch verschärft hat.

Die schärfste Kritik aus katholischen Kreisen übt weiterhin Uta Ranke-Heinemann. Sie griff die besondere Verehrung Wojtylas für Albertus Magnus an, eines Frauenfeindes, der die Frauen „mit Verleumdungen diffamierte, wie sie nur einer kranken Phantasie entspringen können“, der „in der mittelalterlichen Christenhetze gegen die Juden einen besonderen Platz“ einnimmt und „darum mitschuldig ist an einer Verfolgung, die letztlich nach Auschwitz führte.“

Unberührt von alledem bleibt weiter die CDU/CSU. Kohl behauptete, die Christen beider Konfessionen sähen dem Besuch Wojtylas „mit Freude und Erwartung entgegen“.

Der CDU-Abgeordnete Willi Weiskirch schoß gegen Kritiker des Papst-Besuches, die „an allen möglichen Nebensächlichkeiten, vor allem an den entstehenden Kosten herumgemäkelt haben“. Inzwischen sind diese „nebensächlichen Kosten“ weiter gestiegen, weil die Reiseroute erweitert wurde:

Gegen eine andere geplante Begleiterscheinung das Papst-Besuches wandten sich die Kolleginnen und Kollegen des Einzelhandels in München. Dort soll nach der Entscheidung des Sozialministers Pirkl die Öffnungszeit von Verkaufsstellen, die im wesentlichen Lebensmittel, Zeitungen und Zeitschriften sowie Andenken anbieten, drastisch erweitert werden, und zwar am 18.11. von 7 Uhr bis 24 Uhr und am 19.11. von 5 Uhr bis 18.30 Uhr in Alt- und Neu-Ötting, bzw. in München innerhalb des Mittleren Rings am 19.11. von 6 Uhr bis 20 Uhr. Die Gewerkschaft HBV legte scharfen Protest ein und forderte Arbeiter und Unternehmensleitungen auf, die geltenden Ladenschlußzeiten einzuhalten.



Sonntag, 23. November, 10.30 Uhr, ZDF
Die Toten bleiben jung. Im Rahmen des ZDF-Matinees wird Joachim Kunerts Verfilmung des gleichnamigen Romans von Anna Seghers gezeigt. Ein junger Spartakist wird 1918 von einem konterrevolutionären Freikorps ermordet. Der Film verfolgt den Weg der Angehörigen des Ermordeten wie auch den der Mörder bis zum Ausgang des zweiten Weltkrieges. Das ZDF-Matinee bringt neben dem Film noch einen Notiz von Hans Kaspa über Anna Seghers und eine Lesung aus ihrem Werk.

*

Montag, 24. November, 20.15 Uhr, ARD
Sechs mal Andalusien. Bericht von Wolf Hanke über eine der ärmsten Provinzen Spaniens, in dem sich der Klassenkampf besonders zugespitzt hat. Weltweites Aufsehen erregten vor einigen Monaten die Hungerdemonstrationen andalusischer Frauen.

*

Dienstag, 25. November, 21.00 Uhr, NDR III
Die ersten Soldaten. Film über die Anfänge der Bundeswehr. Seit den Demonstrationen gegen die öffentlichen Gelöbnisse wird in der Bundesrepublik wieder verstärkt über die Rolle der Bundeswehr diskutiert. Von Christian Geissler, dem Autor dieses Films, ist zu erwarten, daß er kein Propagandawerk für Apels Ministerium produziert hat, sondern sein Thema kritisch unter die Lupe nimmt.

*

Donnerstag, 27. November, 20.15 Uhr, WDR III
Nora. Joseph Losey hat das wohl berühmteste Werk des norwegischen Dramatikers Henrik Ibsen verfilmt, die Geschichte einer Frau, die gegen die Erstarrung der bürgerlichen Gesellschaft rebelliert und nach einem Weg der Befreiung sucht. In der Hauptrolle die amerikanische Schauspielerin Jane Fonda.

*

Donnerstag, 27. November, 22.05 Uhr, ZDF
Weltuntergang in Berlin. In der Reihe „Das kleine Fernsehspiel“ zeigt das ZDF einen Film von Lothar Trolle über Hitler-Jungen im Berlin der letzten Kriegstage.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

4800 **BIELEFELD** 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Parteibüro der KPD, Dorstener Str. 86.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit“, Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16-18.30, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr.

4600 **DORTMUND** 1, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231/83232[illegible], geöffnet: Mo., Mi., [illegible] 17 - 19 Uhr.

4100 **DUISBURG** 12, Kontaktadresse: D. [illegible]eldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203/44 30 14.

4000 **DÜSSELDORF** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: [illegible] faz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Fr [illegible] - 19 Uhr, Sa. 10 - 12 Uhr.

6000 **FRANKFURT** (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/ 77 12 00, geöffent: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

7800 **FREIBURG**, Parteibüro der KPD, Klarastr. 29, geöffnet: Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen“ Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Parteibüro der KPD, Elisenstr. 24, Tel.: 0511/ 44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.

7500 **KARLSRUHE** 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve“, Goethestraße 25 b (Nähe Kaiserallee), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr. Tel.: 0721/84 84 08.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18, Sa 10-13 Uhr.

5000 **KÖLN** 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit“, Marienstr. 37a, Tel.: 0221/55 49 56, geöffnet: [illegible] Fr 17-18.30 Uhr.

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi. - Fr. 16 - 18 Uhr, Sa. 11 - 13 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mi 17-19 Uhr, Sa 10-12 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Sprengelstr. 40, Tel.: 030/465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Sa 10-13 Uhr.